

bsz

bärner studizytig

AZB CH-3012 Bern

bärner studizytig #14 dezember 2018

Fahr ab

twinkle, twinkle, all the stars

Sie isch vom Amt ufbotte gsi

Networking für kritische Geister

Im Gespräch mit Manuela Pfrunder

SUB-Seiten: Was haben Sie mit

uns vor, Frau Häsler?



Editorial

#14

Liebe Freund*innen, noch einmal menstruieren und dann ist Weihnachten

Nähe, Nächstenliebe, Freundschaft, Nachsicht, Liebe und Vergebung hausieren derzeit in allen Ecken des Landes. Es ist die Zeit der verordneten Besinnlichkeit und die Welt hält sich daran: Im Angesicht der knisternden Autofeuer in den Pariser Strassen schmiegt sich Ostermundigen an die starke Berner Schulter, Alec von Graffenried stellt sich stundenlang neben die Bläser*innen der Heilsarmee und verteilt Decken an frierende Kulturschaffende, Erich Hess zieht mit seinem Elektroroller von Tür zu Tür, um Spenden für mittelständische Unternehmen zu sammeln, die wegen der horrenden Gewinnsteuer die betriebsinterne Weihnachtsfeier vom Schweizerhof ins Ibis Budget verlegen müssen. Und wie Recherchen dieser Zeitung nicht zeigen, erweiterte der Bundesrat das Rahmenabkommen um eine «Kaminfeuer-Klausel», deren Inhalt bisher zwar offiziell erst dem Christkind bekannt ist, von der sich gut unterrichtete Quellen jedoch nichts weniger als eine «heisse Liebesrevolution im Verhältnis EU-Schweiz» versprechen.

Bei so viel Kitsch kommt die 14. Ausgabe der *bärner studizytig* gerade richtig, denn bei uns findet sich keine Spur vorweihnachtlicher Weltverklärung. Stattdessen schauen wir dorthin, wo die Nächstenliebe ein Schattendasein fristet. Beispielsweise nach Bern und Neuenburg, wo den Fahrenden auch in der kalten Jahreszeit wenig Wärme entgegengebracht wird. Wintergrau entpuppt sich auch der Kontakt mit den Sozialhilfebehörden der Stadt, wie unser umfangreicher Erfahrungsbericht zeigt. Ein Bericht von der Langen Nacht der Bildung beschreibt, wie die Studierenden gegen die zunehmende Ökonomisierung der Bildung aufbegehren und im Interview mit Manuela Pfrunder geht es um das, was Weihnachten und die Welt im Innersten zusammenhält – Dinero.

Lehnt euch also zurück und befeuchtet die trockene Kehle mit warmem Eierlikör, die *studizytig* fährt ein: zwar weder mit Schlitten noch Geschenken, dafür rotnasig und mit einem grossen Sack voller Geschichten. Wir wünschen viel Spass bei der Lektüre.

Eure Redaktion
redaktion@studizytig.ch

Titelbild: manuela pfrunder, ivie onaiwu

häregluegt	4
– Fahr ab	
dri guslet	9
– twinkle, twinkle, all the stars	
es gchäär	11
– Sie isch vom Amt ufbote gsi	
inägspienzlet	20
– Networking für kritische Geister	
plöderlet	22
... mit Manuela Pfrunder	
wärweistä	26
grümschelichschttä	27
sub-seiten	28

– Was haben Sie mit uns vor, Frau Häsler?
– Quo vadis, Academia?



MASTER PMP MASTER OF ARTS
IN PUBLIC MANAGEMENT AND POLICY

- Ein Studium so spannend wie vielfältig
- Job-Aussichten in der öffentlichen Verwaltung, gemeinnützigen Organisationen, im Journalismus, Forschung und Lehre u.v.a.m.
- Deine Ausrüstung für Kaderstellen und internationale Einsätze
- Interdisziplinär, akademisch und berufspraktisch
- Austauschsemester an den Partneruniversitäten Lausanne und Lugano sowie an ausländischen Partneruniversitäten möglich

Alle Informationen unter:
www.pmp.unibe.ch oder 031 631 53 11 oder pmp@kpm.unibe.ch
Anmeldung via ZIB bis 31. August 2019 (für Bärner Studis gebührenfrei)

kpm kompetenzzentrum
für public management
universität bern

Beratungsstelle der Berner Hochschulen

Beratung / Coaching

Persönliche Beratungen zu Themen wie: Studiengestaltung (Studienplanung, Studienfachwechsel und Fächerkombination, Alternativen zum Studium, Koordination von Studium und Erwerbsarbeit, Studium und Familie, Studienfinanzierung), Arbeits- und Lerntechniken und Bewältigung von Prüfungen, Laufbahnplanung und Berufseinstieg, Konflikte in persönlichen und studienbezogenen Beziehungen, Schwierigkeiten, Krisen und persönliche Entwicklung.

Mailberatung für Studierende zu Informationsfragen und bei persönlichen Anliegen unter www.beratungsstelle.bernerhochschulen.ch

Unsere Angebote sind vertraulich und unentgeltlich. Telefonische oder persönliche Anmeldungen nimmt das Sekretariat entgegen.

Information

Infos, Tipps und Downloads zu Lern- und Studienkompetenzen, z.B. zum Lernen, zum wissenschaftlichen Schreiben, zum Referieren, zur Prüfungs- und Stressbewältigung, gegen das Aufschieben (Prokrastination), Wegweiser zur Studienfinanzierung. Hilfreiche Infos und Materialien zu verschiedenen Studienphasen: Studienbeginn, Übergang Bachelor-Master, Doktorat sowie zum Berufseinstieg: Kompetenzprofil, Berufsfelder, Stellensuche, Bewerbung, Vorstellungsgespräch. www.beratungsstelle.bernerhochschulen.ch

Zu studiumsbezogenen und zu psychologischen Themen (z.B. persönliche Entwicklung, Beziehungen, Depressionen, Ängste, Konflikte) finden Sie ausgewählte Fachliteratur in unserer **Bibliothek**.

Workshops

Wir leiten Workshops zu Themen wie: Lern- und Arbeitstechniken, Referatskompetenz, wissenschaftliches Schreiben, Prüfungssituation, Stressbewältigung, persönliche Entwicklung und Sozialkompetenz, Berufseinstieg, Laufbahnplanung, Mentoring (Programm auf unserer Website).

Beratungsstelle der Berner Hochschulen

Erlachstrasse 17, 3012 Bern

Tel. +41 31 635 24 35

E-Mail: beratungsstelle.bernerhochschulen@erz.be.ch

Website: www.beratungsstelle.bernerhochschulen.ch

Montag bis Freitag 8.00 - 12.00 und 13.30 - 17.00 Uhr (Freitag bis 16.30 Uhr)

Die Bibliothek ist am Mittwochvormittag geschlossen.

Die Beratungsstelle ist auch während der Semesterferien geöffnet.

Fahr ab

Jährlich passieren unterschiedlichste Gruppen ausländischer Fahrender während den Sommermonaten die Schweiz. Nur sechs offizielle Transitplätze stehen ihnen für Durchgangshalte zur Verfügung. Verschiedene Kantone beschliessen derweil Regelungen, die das Rasten auf Privatgrundstücken erheblich erschweren und Wegweisungen erleichtern. Alternativen in Form von offiziellen Transitplätzen sind Mangelware – obwohl die Schweiz zu deren Bereitstellung verpflichtet wäre.

Mit dem «Loi sur le stationnement des communautés nomades» (LSCN) hat der Kanton Neuenburg im Februar dieses Jahres ein Gesetz erlassen, das den Aufenthalt von Fahrenden auf Kantonsgebiet regeln soll. Das Gesetz war im Kantonsparlament ohne nennenswerte Opposition beschlossen worden. Zurzeit besteht im Kanton Neuenburg ein einziger Transitplatz für den befristeten Aufenthalt ausländischer Fahrender. Dieser wurde 2016 eigentlich geschlossen, wird nun aber jeweils während der Sommermonate kurzfristig wieder geöffnet. Das Areal bietet Platz für rund 70 Wohnwagen und ist ausgestattet mit einem einzigen ToiToi-WC. Fliessend Wasser, Duschen oder Strom sucht mensch dort vergeblich. Faktisch gibt es für den Kanton Neuenburg in Bezug auf den Aufenthalt von fahrenden Minderheiten demnach praktisch nichts zu verwalten. Wozu also ein ganzes neues Gesetz?

Das LSCN weckt den Anschein, raumplanerische Vorgaben zu machen – in der Tat ist es aber primär Polizeigesetz. Förderung oder Unterstützung der fahrenden Gemeinschaften findet sich darin nicht, dafür aber ein ganzes Sortiment an polizeilichen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten.

Jede fahrende Gemeinschaft, die einen Halt auf Kantonsgebiet machen möchte, muss neu im Vornherein bei einem Kontrollorgan vorsprechen und strengen Auflagen zustimmen. Wo genau dieser Haltschlussendlich stattfinden soll, ist höchst

unklar: Mehr offizielle Aufenthaltsmöglichkeiten im Kanton anzubieten, wird im Gesetz bloss als erstrebenswerte Idee in einer generellen Absichtserklärung erwähnt. Explizit wird hingegen festgehalten, dass Plätze soweit möglich ausserhalb des Kantons vermittelt und bereitgestellt werden sollen. Nur wenn es nicht anders geht, sollen in Neuenburg provisorische Aufenthaltsmöglichkeiten geschaffen werden. Zudem wird im Gesetz verankert, dass nur die spezifische Kategorie der Transitplätze ausländischen Fahrenden offensteht. Die strikte Trennung zwischen schweizerischen und ausländischen Fahrenden wird sowohl vom Europarat als auch von der Gesellschaft für bedrohte Völker kritisiert, weil sie potenziell eine ablehnende Haltung gegenüber letzteren fördere.

Als wäre das der Einschränkung noch nicht genug, werden auch private Grundeigentümer*innen, die ihr Grundstück freiwillig für spontane Halte zur Verfügung stellen möchten, mit restriktiven Regulierungen eingedeckt: Ein Beherbergen von Fahrenden setzt mit dem Inkrafttreten des LSCN zwingend einen schriftlichen, vom Kanton vorgegebenen Vertrag voraus. Bei Ankunft der Fahrenden müssen diese den Vertrag bei der kantonalen Kontrollstelle registrieren und überprüfen lassen, welche dann gleich noch eine Garantiesumme in bar einzieht. Die Dauer des Aufenthalts spielt dabei keine Rolle – eine Nacht reicht aus, um die administrative Maschinerie in Gang zu setzen. Das

Beherbergen von Fahrenden in Landwirtschaftszonen wird privaten Grundeigentümer*innen schliesslich für höchstens zweimal 30 Tage im Jahr erlaubt. Das gilt für Weiden ebenso wie für brachliegende Felder, ungenutzte Landwirtschaftsbetriebe, Hof- oder Reitplätze.

Wird irgendeine dieser Auflagen nicht befolgt oder besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse, so liegt laut Gesetz ein «illegales Campieren» vor. Darauf kann mit sofortiger polizeilicher Räumung und Wegweisung reagiert werden. Die relevanten öffentlichen Interessen nennt das Gesetz auch gleich selbst: Natur- und Wasserschutz, Sicherheit, Schutz vor unlauterem Wettbewerb, öffentliche Gesundheit. Interessen der fahrenden Gemeinschaften bleiben dabei gänzlich unerwähnt. Schutzfristen bei der Räumung oder aufschiebende Wirkung bei einer Anfechtung derselben gibt es keine. Eine Räumung betrifft sodann jeweils die ganze Gruppe Rastender – Unterscheidungen nach einzelnen Personen oder Wohnwagen sind nicht vorgesehen.

Interessen der fahrenden Gemeinschaften bleiben gänzlich unerwähnt.

Rekurs ans Bundesgericht

Zwei Neuenburger*innen jenescher Herkunft, der jenische Verein schäft qwant und die Menschenrechtsorganisation Gesellschaft für bedrohte Völker haben beim Bundesgericht Rekurs gegen das Neuenburger Gesetz eingereicht.

«Das Gesetz wurde ohne Einbezug der fahrenden Minderheiten erarbeitet und gewisse Passagen verstossen unserer Ansicht nach gegen bundes- und völkerrechtliche Vorgaben. Auch das Recht auf Rekurs wird verletzt. In anderen Kantonen wie etwa Bern werden ähnliche Regelungen eingeführt, deshalb wollen wir die Rechtslage vom Bundesgericht überprüfen lassen, um hier Klarheit zu schaffen», sagt Angela Mattli, Kampagnenleiterin der Gesellschaft für bedrohte Völker. Der fehlende Einbezug der fahrenden Gemeinschaften bei einem sie betreffenden Gesetz verstosse gegen das Rahmenübereinkommen für den Schutz von Minderheiten. Das Neuenburger Gesetz sei als Kurzschlussreaktion zu betrachten: Im Jahr 2016 habe es Probleme mit einer Gruppe ausländischer Fahrender auf dem damals noch geöffneten Neuenburger Transitplatz gegeben. Die Situation sei komplex gewesen, die Polizei involviert, die Rechtslage unklar. «Da hat sich alles hochgekocht und man sagte sich: Jetzt machen wir ein Gesetz und fertig», erklärt Mattli. Das Gesetz stiess im Conseil d'Etat, dem Neuenburger Kantonsparlament, auf äusserst wenig Gegenwehr: Ein einziger Antrag gegen die polizeiliche Wegweisklausel wurde deutlich abgelehnt. «Hauptsache, die fahrenden Jenischen, Sinti und Roma kommen nicht mehr. Das war der Konsens», kommentiert Angela Mattli den Gesetzgebungsprozess.

Wann ein Entscheid des Bundesgerichts zu erwarten ist, wissen die Rekurrierenden nicht.

Auch Bern will wegweisen

In das Berner Polizeigesetz hat sich im Zuge seiner Totalrevision ebenfalls ein Artikel eingeschlichen, der die polizeiliche Wegweisung von fahrenden Minderheiten erleichtern soll. Elegant wird im Gesetz vermieden, die Fahrenden explizit zu nennen – es geht um «unerlaubtes Campieren auf privatem und öffentlichem Boden». Dieses stellt neu einen legitimen Wegweisungsgrund dar. Dass damit nicht

zeltende Tourist*innen und ausser Kontrolle geratene Pfadilager angegangen werden sollen, liegt auf der Hand – der Artikel ist unbestritten auf die Wegweisung von fahrenden Minderheiten zugeschnitten. Dass deren Halten mit einfachem touristischem «Campieren» gleichgesetzt wird, ist unter dem Gesichtspunkt des Diskriminierungsverbotes umso bedenklicher. Der Rechtsprofessor Rainer J. Schweizer spricht in einem juristischen Gutachten zu besagtem Artikel von einer unzulässigen rechtlichen Gleichbehandlung.

Wie in Neuenburg ist auch die restriktive Berner Gesetzgebung hauptsächlich eine Reaktion auf einen jüngeren Vorfall: Rund 500 ausländische Fahrende hatten sich im Sommer 2017 in Wileroltingen auf einem Feld neben der Autobahn

niedergelassen. Die Anwohner des 300-Seelen-Dorfes waren darüber alles andere als erfreut: Sie beklagten sich über Abfall und Fäkalien; Gemüsebauern fürchteten um ihre Ernte. Eine polizeiliche Räumung des Areals gestaltete sich mangels gesetzlicher Grundlage als äusserst kompliziert. Mit dem neuen Polizeigesetz soll dies künftig erleichtert werden.

Einschränkend wird geregelt, dass die polizeiliche Wegweisung von Fahrenden nur dann erlaubt sein soll, wenn ein Transitplatz zur Verfügung steht. Hier zeigt sich aber dasselbe Problem wie im Nachbarkanton: Es gibt schlicht zu wenige. Wie das Gesetz zu einer Lösung des Konfliktes um die Aufenthaltsmöglichkeiten von Fahrenden beitragen soll, bleibt offen.

Gegen das neue Polizeigesetz wurde das Referendum ergriffen – unter anderem wegen besagtem Wegweisungsartikel. Somit wird im Februar 2019 die Berner Stimmbewölkerung über die polizeiliche Behandlung von Fahrenden mitentscheiden können.

Die Suche nach Transitplätzen

Es ist offensichtlich, dass gesetzliche Regelungen wie jene in Neuenburg und Bern vor allem einen Ausbau des Angebots an offiziellen Aufenthaltsmöglichkeiten für fahrende Minderheiten nach

«Hauptsache, die fahrenden Jenischen, Sinti und Roma kommen nicht mehr. Das war der Konsens.»

Das Provisorium in Brügg



sich ziehen müssten. Dass diesbezüglich in der gesamten Schweiz ein grosser Mangel besteht, ist unbestritten. Bei den ausländischen Fahrenden spitzt sich die Lage in besonderem Masse zu, da ihnen durch die Segregation zwischen Schweizer und ausländischen Fahrenden nur ein Bruchteil der Plätze offensteht. Magere sechs Transitplätze, einige davon bloss Provisorien, bieten derzeit Haltemöglichkeiten für rund 110 Wohnwagen. Nach Aussage von Angela Mattli wären mindestens 10 bis 15 ständige Transitplätze zwingend notwendig, um der Nachfrage gerecht zu werden.

Die Schweiz ist denn auch nicht nur aus moralischen oder raumplanerischen Überlegungen heraus zu einem ausreichenden Angebot an Transitplätzen angehalten – sie ist dazu verpflichtet. Die Grundrechte gewährleisten Schutz und Anerkennung der fahrenden Lebensweise. Die Rechtsprechung des Bundesgerichts sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte proklamiert seit Jahren die Verpflichtung der Behörden, die räumlichen Bedürfnisse der Fahrenden in die Raumplanung zu integrieren. Auch das schweizerische Kulturförderungsgesetz enthält diese Verpflichtung. Darüber hinaus muss die Schweiz gemäss dem Freizügigkeitsabkommen dafür sor-

gen, dass ausländischen Fahrenden mit EU-Bürgerschaft die Einreise und die gewerbliche Betätigung ermöglicht werden.

«Behördlich ist diese Verpflichtung heute eigentlich unbestritten – was fehlt, ist der politische Wille. Dieses Thema ist einfach zu wenig sexy. Man gewinnt damit keine Wahlen», konstatiert Venanz

«Dieses Thema ist einfach zu wenig sexy.»

Nobel, selber Jenischer, Mitbegründer des Vereins schäft qwant und langjähriger Aktivist für die Anliegen der Jenischen. Ob aus mangelndem politischem Willen, Platzmangel oder unklar verteilten Kompetenzen – klar ist, dass die Schweiz enorme Schwierigkeiten hat, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Verschiedene Akteur*innen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene spielen sich den Ball gegenseitig zu. Wo auch immer die Schaffung eines Transitplatzes konkret zum Themawird, stösst das Vorhaben auf heftige Gegenwehr von Seiten der betroffenen Gemeinden.

So wehrt sich im Kanton Bern Wileroltigen seit zwei Jahren vehement gegen die Einrichtung eines offiziellen Transitplatzes auf seinem Gemeindegebiet. Die Protestaktionen reichen von der Schaffung eines Bürgerkomitees über klare Nein-Voten in konsultativen Abstimmungen bis hin zum Aufhängen von Transparenten oder dem Bepflanzen des fraglichen Platzes mit Mais, um den Halt von Fahrenden physisch zu verunmöglichen. Als nach den Vorfällen im Sommer 2017 vernommen wurde, dass sich kurze Zeit später erneut französische Roma auf dem Areal niederlassen wollten, griffen einige Bewohner*innen der Gemeinde gemäss Medienberichten gar zu Hühnermist, Gülle und Betonklötzen, um das Areal zu verbarrikadieren. Hinnerk Semke, Gemeindepräsident von Wileroltigen, betont, dass ihm keine Vorfälle mit Fäkalien verteilenden Einheimischen bekannt seien. Er sieht die drastischen Reaktionen in seiner Gemeinde durch die Dynamik der konkreten Situation begründet: «Wir wurden vom Kanton alleingelassen und hatten keine Möglichkeit, etwas gegen die Fahrenden zu unternehmen.» Als der Regierungsrat endlich aktiv wurde, habe er durch die Ankündigung eines definitiven Platzes nicht zur Klärung, sondern zur Eskalation der Situation beigetragen.

Auch in Meinisberg, wo 2016 ein Transitplatz geplant war, stiess das Vorhaben auf offene Ablehnung von Seiten der Gemeinde. Die Meinisberger*innen fanden ihren eigenen Weg des Protests: Sie veranstalteten ein «Solidaritätsfest» gegen die Pläne des Kantons. Mit Bier und Bratwürsten wurde solidarisch der Antipathie gegen die ausländischen Fahrenden, die bisher noch gar nie auf Gemeindegebiet gehalten hatten, Ausdruck verliehen. Das Projekt scheiterte schlussendlich im Bernischen Grossen Rat an den zu hohen Kosten.

Mit Bier und Bratwürsten wurde solidarisch der Antipathie gegen die ausländischen Fahrenden Ausdruck verliehen.

Ein erfrischend anderer Wind weht dagegen in Brügg, dank seiner Lage im Seeland ebenfalls beliebter Durchgangsort für ausländische Fahrende. Als erste Gemeinde im Kanton Bern hat sich Brügg freiwillig zur Verfügung gestellt, einen provisorischen Transitplatz zu eröffnen. Im vergangenen Sommer bot das Areal zwischen Autobahn und Industrie erstmals offiziell Platz für 21 Wohnwagen. Die Regeln waren von der Gemeinde klar festgelegt: Ausweiskontrolle, Einzug der Miete in bar, klares Platzreglement. Die Kontrolle erfolgte durch eine Gruppe freiwilliger Brügger*innen sowie den Gemeindepräsidenten selbst. «Von Anfang an wurde das Vorhaben in Brügg eng begleitet durch einen Mediator, der selbst zur Gemeinschaft der Sinti und Roma gehört.», erklärt Angela Mattli, «Wir hoffen, dass das Schule macht.» Die Gegenwehr in der Bevölkerung war denn auch gering, und die Erfahrungen des vergangenen Sommers durchwegs positiv. Der einzige Haken an diesem Märchen: Das Projekt ist befristet auf zwei Jahre. Im Herbst 2019 wird der Platz seine Tore wieder schliessen und Brügg nach eigenem Dafürhalten seine Dienste getan haben. Andere Gemeinden seien dann an der Reihe. Eine langfristige Lösung kommt für Brügg nicht in Frage. Die

Suche wird also von Neuem beginnen.

Der Kanton will das Problem weiterhin über dauerhaft gesicherte Transitplätze lösen. Die zuständige Regierungsrätin Evi Allemann hält auf Anfrage fest: «Der Regierungsrat geht davon aus, dass mit der Realisierung des in Wileroltigen vorgesehenen Transitplatzes der Bedarf im Kanton Bern gedeckt sein wird. Langfristig bedarf es aber eines schweizweiten Ansatzes und eines verstärkten Engagements des Bundes.» Mit dem Bau in Wileroltigen soll frühestens 2022 begonnen werden. Kürzlich informierte der Kan-

Fahren, auf die <Rädli> reduziert. Wenn die Schweiz wirklich die ganze Kultur akzeptieren und ernstnehmen würde, dann müsste sie von sich aus auf solche Ideen kommen: dass Fahrende beispielsweise auch Kinder haben und dass die auch Spielplätze mögen, genau wie das bei einem Wohnblock der Fall ist», kommentiert Venanz Nobel.

Kein Massenphänomen

Rund 0,3 Quadratkilometer Land, oder anders ausgedrückt: 0,01% der planungsrechtlichen Siedlungsfläche der Schweiz wären gemäss Venanz Nobel gesamtschweizerisch nötig, um das Bedürfnis nach Plätzen für sämtliche Fahrenden zu befriedigen. Genaue Zahlen der Anzahl ausländischer Fahrender, die jährlich die Schweiz passieren, sind schwer zu finden. Schätzungen gehen davon aus, dass sich in den Sommermonaten jeweils zwischen 500 und 800 und in Spitzenzeiten bis zu 1'500 Wohnwagen ausländischer Fahrender in der Schweiz befinden. Fakt ist: Ausländische Fahrende sind kein Massenphänomen.

Dass ein ausreichendes Angebot an Möglichkeiten für legale und geregelte Durchgangshalte sowohl den fahrenden Gemeinschaften als auch den umliegenden Anwohner*innen dient, scheint nahe liegend, denn nur wenn auf einem Platz überhaupt Regeln gelten, können Verstösse auch sanktioniert werden. Dass trotzdem verschärfte Polizeigesetze statt geregelter Verhältnisse geschaffen werden, spricht für eine gewisse Überforderung und ist wohl Ausdruck eines tieferliegenden Unbehagens gegenüber der nicht-sesshaften Lebensweise: Der Schweiz sind die Fahrenden suspekt – zumindest, wenn sie nicht nur fahren, sondern auch noch halten. **text: jana schmid, david burgherr; bild: davide della porta**

**Fakt ist:
Ausländische
Fahrende
sind kein Massen-
phänomen.**

Mit Einrichtung des Provisoriums wurden auf allen anderen Plätzen in Brügg Verbotsschilder angebracht





Evi Allemann
Zuständige Regierungsrätin Kanton Bern

«Die grösste Herausforderung besteht darin, eine Gemeinde zu überzeugen, auf ihrem Gebiet einen Transitplatz bereitzustellen. Ausländische Fahrende sind teilweise in grossen Gruppen unterwegs, was zu grösseren Belastungen führen kann. Der Widerstand in der Bevölkerung beruht allerdings auch auf latenten Vorurteilen, die durch die oftmals negative Berichterstattung in den Medien befördert werden. Die Problematik lässt sich nur mittels Schaffung von langfristig gesicherten Transitplätzen lösen. Die Erfahrungen in anderen Kantonen sowie mit dem provisorischen Transitplatz in Brügg zeigen, dass mit offiziellen Plätzen ein geregelter Betrieb sichergestellt werden kann und illegale Spontanhalte vermieden werden können.»



Angela Mattli
Kampagnenleiterin Minderheiten & Diskriminierung,
Gesellschaft für bedrohte Völker

«Das Ziel sollte sein, Plätze für alle fahrenden Jenischen, Sinti und Roma zu schaffen, egal ob schweizerische oder ausländische, mit klaren und fairen Reglementen. In der Schweiz sind aber sowohl die Anzahl Plätze als auch deren Infrastruktur sowie die bürokratischen Hürden sehr problematisch. Eigentlich sind fahrende Jenische, Sinti und Roma die am besten kontrollierten Minderheiten in der Schweiz. Es ist unverständlich, weshalb es solche Gesetze braucht. Das Ganze ist auch ein historisch gewachsenes Problem. Die Thematik wurde viel zu wenig aufgearbeitet, sie ist nicht im Bewusstsein der Menschen und das spiegelt sich in der Politik wider: Es ist eine Politik der Abwehr und nicht eine der Offenheit im Hinblick auf die Minderheiten der Jenischen, Sinti und Roma.»



Venanz Nobel
Jenischer, Mitbegründer des Vereins schäft qwant,
Mitglied der Eidg. Kommission gegen Rassismus

«In den meisten Kantonen ist das Bedürfnis nach Plätzen für Fahrende heute in die Richtpläne aufgenommen. Das ist ein hehres Ziel, doch das Problem liegt bei der Umsetzung. Es sind viele verschiedene Akteure, die sich die Aufgabe wie eine heisse Kartoffel hin und her schieben. Auch in Volksabstimmungen spiegeln sich Vorurteile und Unkenntnis über die wahren Verhältnisse, verknüpft mit latentem Rassismus, wider. Hier liegt aber ein strukturelles Problem: Interessen von Minderheiten lassen sich mit demokratischen Mitteln kaum erfüllen. Hinzu kommt eine Stigmatisierung ausländischer Fahrender in den Medien. Das Vorurteil der mangelnden Hygiene hat sich in den Köpfen festgesetzt. So entsteht ein schräger Diskurs zwischen Tatsachenbehauptungen, Nationalismus, schweizerischem <Gartehägglidenken> und offenem Rassismus.»



Hinnerk Semke
Gemeindepräsident Wileroltigen

«Bezüglich des geplanten Transitplatzes in unserer Gemeinde bin ich zwiegespalten: Einerseits sehe ich ein, dass der Regierungsrat einen klaren Auftrag des Bundesrats hat, entsprechende Plätze zu suchen. Andererseits ist es störend, dass man als Gemeinde wenig Mitspracherecht hat und nicht darüber abstimmen kann. Zudem sind wir ein zu kleines Dorf für eine grössere Anzahl Fahrender. Deshalb können wir uns einen definitiven Transitplatz auf unserem Gemeindegebiet nicht vorstellen. Für eine provisorische Lösung würden wir aber durchaus Hand bieten, weil dann jede Gemeinde einen Beitrag leisten würde. Das wäre für uns die beste Alternative.»

Kommentar

Fahrende Minderheiten kämpfen in der Schweiz nach wie vor um Anerkennung. In letzter Zeit scheint sich die Lage gar zu verengen: Gemeinden wehren sich mit Händen, Füssen, Mais und baulichen Massnahmen dagegen, Fahrenden einen Platz zu bieten. Die Kantone wiederum reagieren auf den Missmut der Kommunen mit halbausgegorenen Gesetzen. Auffallend scheint dabei, dass sich die Legislativen hierzulande nicht ausgiebig mit der Thematik auseinandersetzen mögen. Stattdessen wird herumgedruckt und in den Bestimmungen finden sich am Ende höchstens bloss Lippenbekenntnisse, meist entpuppen sie sich jedoch als Ausweitungen von Repressionsmöglichkeiten. Um das Zusammenspiel von Behörden und fahrenden Minderheiten klar und effektiv zu regeln, müssten die Gesetzgeber schon beim Ausarbeiten der Erlasse mit den Betroffenen zusammenarbeiten. Wie das Beispiel Neuenburg zeigt, geschieht dies leider nicht. Das Ganze lässt sich als Symptom einer Entwicklung lesen, die seit einigen Jahren Einzug in zahlreiche gesellschaftliche Institutionen hält: Was als bürgerlicher Konsens gilt, verengt sich stetig. Alles, was dem Ideal des bürgerlichen Lebens ärger zuwider geht als erwünscht, wird verdrängt, unter den Teppich gekehrt, unsichtbar gemacht und als unmoralisch dargestellt. Es ist an der Zeit, dieser Engstirnigkeit entgegenzutreten, am besten mit der Anerkennung der fahrenden Minderheiten als Teil dieser Gesellschaft und Partner*innen auf Augenhöhe in den Verhandlungen um Gesetze, die sie betreffen. **nop**

twinkle, twinkle, all the stars

In der letzten Ausgabe der *bsz* regnete es Sternchen. Mehr oder weniger unauffällig rutschten sie in Wörter wie «Versicherungslobbyist*innen» oder «Freizeitrevoluzzer*innen» (gesehen im Editorial). Warum wir uns für die Sternchen entschieden haben, erklären wir in diesem Artikel.

Warum gendern?

Wahrscheinlich haben mittlerweile die meisten davon gehört, dass das generische Maskulin nicht das Gelbe vom Ei ist. Viele Studien zeigen, dass Frauen im Alltagsgebrauch nicht mitgedacht werden, wenn nur die männliche Form verwendet wird. Stattdessen immer die weibliche und männliche Form auszuschreiben oder das Binnen-I zu verwenden, wie bis anhin die *bsz*, ist ebenfalls nicht der Weisheit letzter Schluss. Denn ein Binnen-I spiegelt nur die binären Geschlechter «Mann» und «Frau»

wider. Und obwohl uns in zahlreichen Lebenssituationen eine klare Einteilung von «Mann» und «Frau» in ein binäres System eingebläut wird – beispielsweise in den Statistikvorlesungen der Uni Bern – greift diese Einteilung zu kurz (siehe Box).

Warum Sternchen?

Zahlreiche Schreibweisen versuchen, die Vielfalt der Geschlechter zu berücksichtigen. Am bekanntesten sind das Sternchen und der Unterstrich (die Reporter*innen bzw. die Reporter_innen). In der

Programmiersprache steht das Sternchen für eine beliebige Anzahl an Buchstaben, während der Unterstrich einen Zwischenraum schaffen soll. Ferner gibt es zahlreiche Nischenvorschläge, beispielsweise der dynamische Unterstrich, der innerhalb eines Worts wandert (die Repor_terinnen). Dahinter steht die Kritik am oben genannten statischen Unterstrich, dieser zementiert die Trennung zwischen der weiblichen und der männlichen Form und stellt dadurch die Binarität der Geschlechter nicht infrage. Der dynamische Unterstrich soll zum Ausdruck bringen, dass es keinen festen Ort gibt, an dem die Grenze zwischen «Mann» und «Frau» verläuft. Allerdings werden die Wörter dadurch schwerer lesbar. Eine andere Variante ist der Doppelpunkt, der die Durchlässigkeit zwischen Mann und Frau symbolisieren soll (die Reporter:innen).

Wir haben uns für das Sternchen entschieden, da es verglichen mit den Nischenvorschlägen schon relativ verbreitet ist und uns die Ästhetik des Sternchens gefiel. Die Lesbarkeit spielte, gerade im Vergleich mit dem dynamischen Unterstrich, ebenfalls eine Rolle. Ausserdem schliesst das Sternchen im Gegensatz zum Unterstrich nicht nur Leute ein, die sich zwischen «Mann» und «Frau» verorten, sondern auch Menschen, die diese

inter und trans

Neben Mann und Frau gibt es diverse weitere Geschlechter. Unterschieden werden die Begriffe inter (oder intergeschlechtlich, intersexuell) und trans (oder transident, transgender). Intergeschlechtliche Menschen können aufgrund von genetischen, anatomischen, hormonellen oder anderen körperlichen Merkmalen nicht klar als männlich oder weiblich eingeordnet werden. Trans-Menschen können meist nach der Geburt klar zugeordnet werden, merken allerdings früher oder später, dass diese Zuordnung für sie nicht passt. Ein Grossteil der Trans-Menschen identifiziert sich binär (eine Person wurde nach der Geburt als Mann zugeordnet, identifiziert sich aber als Frau, und umgekehrt). Manche trans-Menschen identifizieren sich als non-binär (oder nicht-binär), sind also zwischen oder ausserhalb der Kategorien «Mann» und «Frau». Nichts zu tun haben diese Begriffe mit der sexuellen Orientierung sowie mit Kunstformen wie Drag.



Einteilung als solche für sich ablehnen und Geschlecht als soziales Konstrukt erachten. Diese Idee gefiel uns.

Was ist mit den Frauen?

Wer sich in die Tiefen des Internets vorwagt, wo gendergerechte Sprache diskutiert wird, trifft auf Skeptiker*innen. Mit der ganzen Debatte um die Sternchen, die schlussendlich einer Minderheit dienen, gehe die Sichtbarkeit der Frauen verloren, argumentieren manche. Der aufgelegten Debatte würde etwas Gelassenheit guttun. Schliesslich ist die Idee von oben genannten Schreibweisen, alle zu inkludieren, ohne neue Hierarchien zu schaffen.

Ist das wirklich wichtig?

Die Frage mag aufkommen, ob angesichts von verschiedenen Diskriminierungen im Alltag die Sprache ein dringendes Problem ist. Minderheiten sprachlich zu berücksichtigen ist wichtig, weil es deren Sichtbarkeit erhöht und ein Anfang für grundlegende Veränderungen sein kann. Noch gibt es diverse Ungleichheiten zwischen Geschlechtern, beispielsweise bezüglich Lohn oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Über die Diskussion darf nicht vergessen werden, dass in der Schweiz noch heute Kinder mit Genitalien, die nicht eindeutig als männlich oder weiblich einzuordnen sind,

ohne medizinische Gründe kurz nach der Geburt operiert werden, was deren Menschenrechte verletzt.

Die Sprache allein wird es also nicht richten. Um Geschlechterrollen aufzubrechen, den Zwischen- und Ausserräumen mehr Platz zuzugestehen und Ungleichheiten zu beseitigen, braucht es mehr als ein paar Sternchen im universitären Kontext. Aber Sternchen sind zumindest ein Anfang, weil sie eine Debatte auslösen. Ausserdem zeigen sie den Sternchen unter uns, dass sie wahrgenommen werden. Also an alle Sternchen da draussen: Wir haben euch gesehen. **text: alexis strähl, illustration: nico schmezer**

Sie isch vom Amt ufbotte gsy

«Vom Iigang, d'Schtäge uf, und de nach rächts het sie sech gwändet, isch dür'ne länge Gang, de wider rächts und de graduus, de zrüg, und wider links, bis wo der Korridor het gändet, de wider zrüg und graduus witer – meh und meh konfus.» In einer schwierigen Situation wandte sich meine Freundin an den Sozialdienst. Es war der Beginn einer Odyssee, wie sie Mani Matter schon besang.

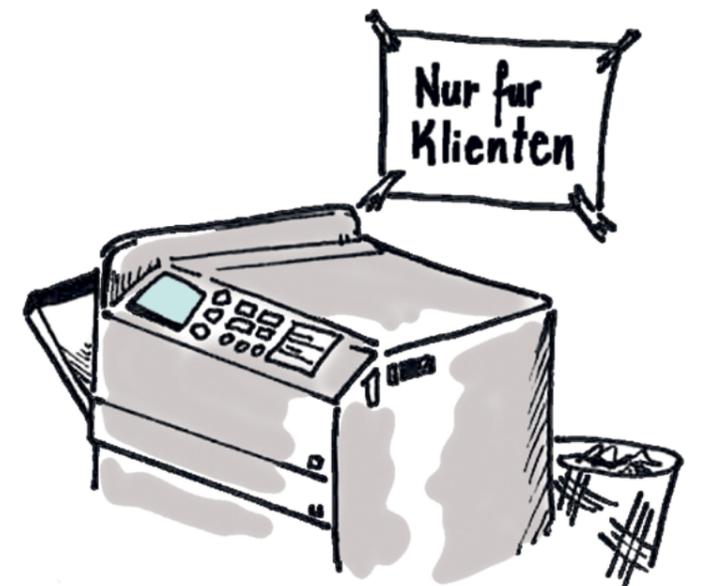
«Entschuldigen Sie bitte», spreche ich die Frau vom Schalter an, die gerade durch eine Tür in den Warteraum getreten ist. «Wir haben gleich einen Termin und ich müsste noch ein Dokument ausdrucken und ein weiteres kopieren...». «Hier können Sie nicht drucken», unterbricht sie mich. «Ok. Aber ich müsste auch noch ein Dokument kopieren. Und da hinten steht ein Kopierer, über dem ein Schild mit der Aufschrift <Nur für Klienten> hängt. Der Kopierer ist am Strom angeschlossen, lässt sich aber nicht anschalten», erkläre ich ihr mein Anliegen. Sie schaut mich kurz an und sagt dann: «Kopieren können Sie nur am Morgen.» Dann geht sie weiter. Da ist es wieder: Dieses Gefühl von Ohnmacht. Mir kommt nicht ein vernünftiger Grund für diese Regel in den Sinn. Trotzdem weiss ich, dass Nachfragen nichts bringt. «Das ist halt so», «Das habe nicht ich entschieden», «Das steht im Dokument, das Sie erhalten haben», lauten die Antworten, die keine sind. Manchmal gibt es noch einen bedauernden Blick dazu, nämlich wenn die Person den Sinn einer Weisung selbst nicht nachvollziehen kann. Ich habe das Gefühl, ein Spiel zu spielen, bei dem meine Spielpartner*innen nach Belieben neue Regeln erfinden, um mich dann immer auf ein neues Regelbuch zu verweisen. Wer hätte da noch Lust, mitzuspielen? Aber zum Spielen sind wir sowieso nicht da. Heute ist der erste Termin von Amélie* beim Sozialdienst Bern, einen Monat, nachdem wir mit der Anmeldung begonnen haben. Die Anmeldung sollte der erste Schritt aus ihrer vertrack-

ten Situation werden. Stattdessen folgte ein administrativer Spiessrutenlauf, der mich dazu veranlasst hat, diesen Artikel zu schreiben.

Probleme über Probleme

Seit über fünf Jahren ist alles, was ich Amélie wünsche, eine kurze Verschnaufpause von ihren Problemen. Stattdessen wechseln sich die Probleme ab, wenn es darum geht, ihr Kopfzerbrechen zu bereiten. Mal dringt das eine an die Oberfläche, dann das andere. Je nach Situation lösen sie sich ab oder verstärken sich gegenseitig. Wenn sich alle Probleme gleichzeitig bemerkbar machen, werden sie zu einem unüberwindbaren Berg, einem Tunnel ohne Ende oder einem Waldbrand mit unzähligen Brandherden. Dann springen die Gedanken von Amélie von einem Problem zum anderen, um sich schliesslich

nur noch im Kreis zu drehen. Wenn das geschieht, schafft sie es nicht, aus dem Bett zu kommen. Sie sagt, dass die Probleme sie erdrücken. Sofern sie am Nachmittag aufsteht, nimmt sie sich viel vor, aber bringt nichts zustande. Dadurch fühlt sich noch schlechter. Also räumt sie ihr Zimmer auf, manchmal mehrmals pro Woche. Und trotzdem habe ich ihr Zimmer noch nie in einem ordentlichen Zustand gesehen. Bei der Niedergeschlagenheit von Amélie handelt es sich um ein neues Problem. Eine Art Resignation ab dem jahrelangen Kampf gegen die nie endenden Existenznöte und familiären Schwierigkeiten. Ich bin mir noch nicht sicher, ob dieses Problem mit den anderen zusammen verschwinden würde, oder ob es schon ein Eigenleben führt. Aber was bringt diese Frage schon? Solange die anderen Probleme da sind, lässt sie sich sowieso nicht beantworten.



Wenn sich alle Probleme gleichzeitig bemerkbar machen, werden sie zu einem unüberwindbaren Berg, einem Tunnel ohne Ende oder einem Waldbrand mit unzähligen Brandherden.

Ende Juli dieses Jahres haben sich die Probleme einmal mehr angestaut. Sie mit all ihren Ursachen und Zusammenhängen ausführlich zu beschreiben, sprengt den Rahmen dieses Erfahrungsberichtes. Hier soll es nur um die finanziellen Probleme gehen. Einerseits betreffen sie alle anderen Probleme, andererseits haben sie über die Jahre wohl die meisten Spuren hinterlassen, in sozialer als auch psychischer Hinsicht. Ganz ohne Kontext geht es aber nicht, deshalb fasse ich Amélie's Situation kurz zusammen. Zu den finanziellen Problemen gesellten sich noch weitere: Die familiär bedingten Sorgen nahmen im August neue Dimensionen an, Amélie litt wegen ihres Studiums unter grossen Versagensängsten und fühlte sich in ihrer

WG in Biel überhaupt nicht wohl. Bevor sie dorthin gezogen war, wohnte sie für einige Monate bei mir, weil sie sich keine Miete leisten konnte. Da zwischen uns unklar ist, ob und wie es weitergehen soll, zog sie im Mai dieses Jahres aber wieder aus.

Aber nun zu den finanziellen Problemen: Das obligatorische Masterpraktikum in einem Berner Museum gefiel Amélie sehr, war aber anstrengend. Vor allem half es ihr, die finanziellen Probleme eine Zeitlang zu verdrängen. Gelöst waren sie aber nicht. Der Praktikumslohn reichte nicht aus, um ihre laufenden Ausgaben zu decken. Ihrem anderen Job konnte sie in dieser Zeit kaum nachgehen, ausser sie musste am Wochenende im Museum arbeiten. In diesem Fall nutzte sie ihre

freien Wochentage für ihre andere Arbeit. Mit ihrem Lohn öffnete Amélie Rechnungen, Mahnungen und Betreibungen schon gar nicht mehr, sie verschwanden im Chaos ihres Zimmers. Hilfe suchte sie sich schon seit Langem keine mehr. Einerseits aus Unwissen, dass und wo sie Anspruch darauf hätte, andererseits aufgrund negativer Erfahrungen in der Vergangenheit. Das einzige Mal, als sie sich während einer akuten Notlage an einen Sozialdienst wandte, wurde ihr gesagt, als Studentin müsse sie Stipendien beantragen. Das stimmt zwar. Was aber auch stimmt, ist, dass Sozialdienste dazu verpflichtet sind, Überbrückungshilfe zu leisten. Als sie nämlich 2013 Stipendien beantragte, bekam sie erst nach mehreren prekären Monaten eine negative Entscheidung mit dem Angebot, ein zinsloses Darlehen aufzunehmen, für welches sie derzeit betrieben wird. Wenn ich ihr jeweils half, schämte sie sich abgrundtief, egal wie sehr ich ihr zu erklären versuchte, dass auch ich für meinen Lebensunterhalt von meinen Eltern abhängig war und sie für ihre Situation ja nichts könne. Dass es zwischen uns nicht mehr gut lief, machte es in der letzten Zeit verständlicherweise noch schwieriger für sie, Hilfe anzunehmen, so sehr wir versuchen, diese Dinge zu trennen. Gleichzeitig schien sie selbst keinen Ausweg aus ihren Problemen mehr zu sehen. Und so rutschte sie nach dem Wegfall des Praktikums langsam in einen depressiven Zustand ab. Zu diesem Zeitpunkt konnte sie seit drei Monaten ihre Krankenkassenprämie nicht mehr bezahlen, hatte Mietrückstände, ein gesperrtes Mobilabonnament und wurde vom kantonalen Steueramt und der Krankenkasse betrieben. Hinzu kamen weitere unbezahlte Rechnungen wie die Immatrikulationsgebühren, die ungeöffnet in ihrem Zimmer herumlagen. Also erkundigte ich mich in meinem Umfeld, auf



welche Unterstützung Amélie denn Anspruch hätte und bot ihr an, sie zum Sozialdienst zu begleiten.

27. Juli – Ein erster Schritt

Am 27. Juli gehen wir gemeinsam zum Sozialdienst Bern. Zuvor haben wir uns überlegt, an welchen Sozialdienst wir uns am besten wenden. Amélie hatte ihre Schriften noch in Bern, war also an meiner Adresse gemeldet und arbeitete hier. Tatsächlich wohnte sie in Biel. Da die Wohnsituation in Biel aber provisorisch war und jeder weitere administrative Schritt wie die Abmeldung in Bern und Anmeldung in Biel sie entmutigte, beschlossen wir, uns an den Sozialdienst Bern zu wenden – Eine Entscheidung, die wir in den nächsten Monaten noch einige Male bereuen würden. Am Schalter weist sich Amélie aus und wir erklären kurz ihre Situation. Daraufhin muss sie Formulare zu ihrer finanziellen Situation ausfüllen und schriftlich erklären, weshalb sie Sozialhilfe beantragt. Anschliessend wird ihr eine Liste mit Dokumenten ausgehändigt, die sie einreichen muss. Da sie gerade ihr Praktikum beendet hat, einer Arbeit nachgeht und studiert, ist die Liste besonders lang. Denn das Subsidiaritätsprinzip verlangt, dass sie alle anderen potentiellen Ansprüche auf Unterstützung abklärt, bevor sie sich an den Sozialdienst wendet. Das bedeutet in ihrem Fall konkret, dass sie Stipendien beantragen und sich beim RAV und der Arbeitslosenkasse anmelden muss, auch wenn ihr letzter Stipendienantrag abgelehnt wurde und sie laut der Person am Schalter wegen der Höhe ihrer Praktikumlöhne kaum Geld von der Arbeitslosenkasse erhalten wird. Dazu kommen die üblichen Dokumente

wie Kontoauszüge, Lohnabrechnungen, der Mietvertrag, die Betreibungen, die letzte Steueranmeldung, die Krankenkassenprämie und -rechnungen oder Arbeitsverträge und -zeugnisse. Dass Amélie auch noch die Scheidungsurkunde ihrer Eltern einreichen soll, mutet komisch an. Weder kann ihre Mutter sie unterstützen, noch hat sie Kontakt zu ihrem Vater. Und vor allem ist Amélie dreissig Jahre alt. Trotzdem muss sie die finanziellen Verhältnisse ihrer Mutter auch noch offenlegen.

Nachdem wir den Sozialdienst verlassen haben, atmet Amélie auf, bedankt sich und meint, dass sie nun alleine weitermachen könne. Jedes Mal, wenn sie etwas Mut schöpft, bin ich erleichtert. Dabei hätte ich es besser wissen müssen. In den nächsten Wochen sehen wir uns etwas weniger. Amélie wird mit weiteren familiären Schwierigkeiten konfrontiert, hat gar kein Geld mehr und kann wegen mangelndem Arbeitsbedarf nur ein- bis zweimal die Woche arbeiten. Um von Biel zur Arbeit in Bern zu gelangen, muss sie schwarzfahren und wird einmal dabei erwischt.

Immer wieder gebe ich ihr etwas Bargeld für das Nötigste. Dass ich ihr kein Geld überweise, hat damit zu tun, dass das vom Sozialdienst so aufgefasst würde, dass ich willens und fähig bin, sie zu unterstützen. Das ist paradox: Hilfe ich ihr, ihre grundlegendsten Bedürfnisse bis zur Entscheidung zu decken – und damit meine ich nicht einmal die Miete oder die Krankenkassenprämie, sondern, dass sie zu Essen hat und nicht gezwungen ist, schwarzzufahren – wird das als Unterstützung aufgefasst und der Sozialdienst könnte die Hilfe verweigern. In diesem Fall wäre sie von mir abhängig, obwohl wir weder in einem Kon-

kubinat sind, noch Kinder haben und faktisch getrennt sind. Hilfe ich ihr hingegen nicht, damit an ihrer Bedürftigkeit auch ja keine Zweifel entstehen, überlasse ich sie komplett ihrer Misere, bis es zu einer Entscheidung kommt – und die lässt auf sich warten. Doch wer kann einem Menschen in einer solchen Situation zusehen, ohne helfen zu wollen? Besonders, wenn man die Person kennt und sie einem am Herzen liegt? Ausserdem hätte Amélie ohne diese Nothilfe nicht einmal die Kraft, das Verfahren fortzuführen. Als ich Mitte August sehe, dass sie von all den Anforderungen komplett entmutigt ist, schlage ich ihr vor, gemeinsam die Dokumente zusammenzustellen und sie bis zum Ende des Verfahrens zu begleiten.

Nicht nur Amélie's Gedanken und ihr Zimmer sind chaotisch, auch mit den Dokumenten sieht es nicht besser aus.

23. August – Arbeitslosigkeit schafft Arbeit

Nicht nur Amélie's Gedanken und ihr Zimmer sind chaotisch, auch mit den Dokumenten sieht es nicht besser aus. Sie müssen zuerst gefunden oder angefordert werden. Am 23. August verbringen wir einen halben Tag damit, alles zusammenzutragen und zu kopieren. Schliesslich fehlt uns nur noch die Anmeldung beim RAV in Bern. Dort angekommen, wartet die nächste Flut an Anweisungen: Abgesehen von einem Formular zum letzten Anstellungsverhältnis und dem Beginn der Arbeitslosigkeit, einem kompletten Bewerbungsdossier und den ehemaligen und aktuellen Arbeitsverträgen und -zeugnissen, die wir dem RAV abgeben, muss Amélie für die Arbeitslosenkasse von allen Arbeitgebern der letzten zwei Jahre eine



Arbeitsbestätigung mit allen Angaben zum Lohn und dem Arbeitsverhältnis einreichen. Bei Amélie betrifft das drei Arbeitgeber, nämlich zwei Praktikumsstellen und ihre unbefristete Arbeitsstelle. Weil sie trotz «Arbeitslosigkeit» ein kleines Einkommen erwirtschaftet, muss ihr derzeitiger Arbeitgeber darüber hinaus monatlich ein Dokument ausfüllen und Auskunft darüber geben, wie viel sie gearbeitet hat, weshalb sie nicht mehr gearbeitet hat, respektive ob ihr mehr Arbeit angeboten wurde und sie diese abgelehnt hat. Auf die Frage, wie viel Stellenprozente sie sucht, gibt Amélie 60% an, weil sie ja noch einen Praktikumsbericht und ihre Masterarbeit schreiben muss – nochmals eine Entscheidung, die wir bereuen werden. Wir führen mittlerweile eine lange To-do-Liste, um nicht die Übersicht zu verlieren, wem wir welche Dokumente zukommen lassen müssen.

Am Nachmittag kehren wir zum Sozialdienst zurück, um die Anmeldung abzuschliessen. Am Eingang ziehe ich ein Ticket. Als wir aufgerufen werden, erkläre ich der Angestellten, dass wir einige Dokumente einreichen müssten, um die Anmeldung zu vervollständigen. Sie sagt mir, dass ich das falsche Ticket gezogen habe. Wir gehen zurück und ziehen das richtige. Dann warten wir. Als wir zehn Minuten später wieder aufgerufen werden, stehen wir wieder vor derselben Frau (es ist dieselbe wie beim Druckervorfall). Als ich ihr die Dokumente geben möchte, sagt sie: «Anmeldungen können Sie nur am Morgen machen.» Ich schaue sie entgeistert an. Wäre es ihr nicht möglich gewesen, uns das gleich mitzuteilen, statt uns nochmals an-

stehen zu lassen? Und weshalb kann man nachmittags nicht einfach ein paar Dokumente abgeben? Am nächsten Tag muss Amélie arbeiten und dann ist Samstag. Wir können die Anmeldung also erst nächste Woche abschliessen.

27. August – Geteilter Kühlschrank, geteilte Verantwortung

Am Montag sind wir wieder zurück, um die Unterlagen einzureichen. Ein sympathischer Sozialarbeiter nimmt sie entgegen und geht sie mit uns durch. Als er merkt, dass Amélie als Untermieterin in Bern mit mir und einer weiteren in einer Zwei-Zimmer-Wohnung gemeldet ist, fragt er uns, ob wir ein Paar seien. Ich bejahe, sage aber, dass wir eigentlich nicht mehr zusammen sind. Es gibt angenehmeres, als die eigenen Beziehungsprobleme vor unbekanntem Menschen ausbreiten zu müssen. Aus Angst, dass wir an den Sozialdienst Biel verwiesen werden, haben wir bisher nämlich nicht gesagt, dass Amélie eigentlich in Biel wohnt. Der Sozialarbeiter meint, dass der Sozialdienst dann auch noch meine finanzielle Situation abklären müsse. Ich sage, dass ich Student bin und von meinen Eltern unterstützt werde. «Ach so, dann gibt es bei Ihnen sowieso nichts zu holen. Aber die Abklärungen müssen wir trotzdem machen», meint er mit bedauernder Mine. Immerhin gibt er uns einen Zettel, auf dem unser erster Termin mit einer Sozialarbeiterin vermerkt ist. Diese ist dafür zuständig, den Anspruch Amélies auf Sozialhilfe abzuklären. Der Termin findet allerdings erst in eineinhalb Wochen statt, am 6. September.

Einige Tage später erhalte ich einen Brief. Mit Abklärungen meinte der Sozialarbeiter, dass ich ein Formular zu meiner finanziellen Situation ausfüllen und meine letzte Steuerveranlagung, eine Immatrikulationsbestätigung, Lohnausweise und eine Deklaration einreichen muss, wonach mich meine Eltern finanziell unterstützen. Es ist zum Verzweifeln. Schliesslich ist Amélie nur einige Monate zu mir gezogen, weil sie keine Miete bezahlen konnte und es zuhause nicht mehr aushielt, nur um dann nach Biel in eine WG zu ziehen. Sollte das etwa schon reichen, dass ich für sie aufkommen muss und sie gezwungen wäre, «formell» bei mir zu bleiben? Ich rufe an und erkläre die Situation: Dass Amélie

Es gibt angenehmeres, als die eigenen Beziehungsprobleme vor unbekanntem Menschen ausbreiten zu müssen.

in Bern arbeitet und noch bei meiner Adresse gemeldet ist, aber eigentlich in eine WG in Biel gezogen sei. Mir wird gesagt, dass dann wohl der Sozialdienst Biel zuständig wäre, aber dass wir jetzt mal den ersten Termin abwarten sollten. Es reiche, wenn ich die Deklaration und eine Immatrikulationsbestätigung mitnehme. Ich bin immer wieder erstaunt: Wird man aufgefordert, ein Dokument einzureichen, kann es aber nicht organisieren, wird zuerst auf stur gestellt. Erklärt man dann, aus welchen Gründen man es nicht einreichen kann, heisst es, man schaue mal. Und schliesslich geht es auch ohne. Diese einseitige Regelauslegung ist unglaublich frustrierend.

6. September – Nach der kalten Schulter der warme Empfang

Bei unserem ersten Termin beim Sozialdienst Bern werden wir von Frau Engerer* empfangen. Es ist das erste Mal, dass Amélie ihre Situation ausführlich darlegen kann. Frau Engerer ist empathisch, hört zu und gibt uns Auskunft. Auch sie sagt uns, dass wahrscheinlich der Sozialdienst Biel für Amélie zuständig ist, sie aber in Anbetracht der prekären Situation Amélies eine einmalige Unterstützung beantragen wird. Ausschlaggebend für die Zuständigkeit eines Sozialdienstes ist nämlich der Lebensmittelpunkt einer Person, wobei Amélie mindestens gleich viel Zeit in Bern wie in Biel verbringt.

Ich frage Frau Engerer unterdessen, wie sie denn mit Menschen umgehen, die am nächsten Tag aus ihrer Wohnung geworfen werden oder sich nichts mehr zu Essen leisten könnten? Die vielleicht zu lange gewartet haben, um Hilfe zu suchen, sie dann aber umso dringender benötigen? Schliesslich haben wir mehrere Wochen gebraucht, um einen Termin zu erhalten, der dann erst zur Prüfung des Dossiers führt. Frau Engerer sagt, dass der Sozialdienst ohne Entscheidung nichts auszahlt. Das einzige, was sie tun könne, sei einen Gutschein für den Ryfflihof-Coop in Bern auszustellen. Dort könne man einkaufen, der Betrag wird dann von der nächsten Unterstützung abgezogen. Wir verabschieden uns, nachdem wir mit Frau Engerer den nächsten Termin am 11. September vereinbart haben. Bis dahin sollte der Sozialdienst eine Entscheidung gefällt haben.

11. September – Zurück auf Feld eins

«Und, nervös?», fragt uns Frau Engerer lächelnd. Es ist der zweite Termin beim Sozialdienst Bern. Am Morgen hatte Amélie ihren ersten Termin beim RAV in Bern, der schwer an Sinnlosigkeit zu überbieten war, dafür unsere To-Do-Liste nochmals «bereicherte». Ich bezweifle, dass auf Frau Engerers Begrüssung eine negative Entscheidung folgen wird. Ich kann ihr auch ansehen, dass sie sich für Amélie freut. Trotzdem irritiert mich die Frage ein wenig: Es ist ja nicht so, als warteten wir hier auf die Lottozahlen. Eine negative Entscheidung würde Amélie nämlich komplett in die Apathie treiben. Eine po-

sitive bedeutete eine kurze Erleichterung, einen kleinen Schritt vorwärts. Danach müssen wir uns immer noch mit den Schulden, der Jobsuche, dem Studium und psychologischer Hilfe auseinandersetzen, ganz zu schweigen von den familiären Problemen. Und dann vielleicht mal Amélies WG-Probleme lösen. «Ich musste zwar etwas dafür kämpfen, aber wir können Frau Schreiber für den Monat September unterstützen, unter der Bedingung, dass sie bis am 16. September ihren Wohnsitz nach Biel verlegt und sich beim Sozialdienst Biel anmeldet.» Sie bietet an, das Dossier von Amélie nach Biel zu schicken, damit wir unter Umständen nicht mehr alle Dokumente neu einreichen müssen. Eine Garantie dafür kann sie uns aber nicht geben, da jede Gemeinde das selbstständig handhabt.

Hätte sie noch was auf Offshore-Konten gehabt, hätten wir uns dieses Verfahren gespart.

Dann besprechen wir das Budget für den Monat September. Amélie hat als Einzelperson in einer WG Anspruch auf 1331.20 Franken, wovon 271.10 vom Sozialdienst zurückgehalten werden, weil die Krankenkassenprämie direkt von ihm bezahlt wird. Normalerweise wäre der Grundbedarf etwas höher, aber da Amélie noch verdient, wird vom Grundbedarf auch noch der Lohn abgezogen. Im Monat August lag dieser bei 399.20 Franken. Wegen ihrer Arbeitstätigkeit erhält sie aber eine Zulage von 100.– Fr. – ein «Zückerchen» für ihre Integrationswilligkeit in den Arbeitsmarkt. In Anbetracht dessen, dass Amélie schon immer gearbeitet hat, eine Absurdität. Bevor die Zahlung ausgelöst werden kann, muss Amélie nochmals einige Dokumente einreichen und andere unterzeichnen. Es geht darum, dass alle potentiellen Einkünfte wie die Arbeitslosenentschädigung oder Stipendien an den Sozialdienst gehen. Zudem muss sie ihr Einverständnis geben, überwacht zu werden, sollte der Sozialdienst Zweifel an ihren Angaben haben. Ich kann mir nach diesem finanziel-

len und persönlichen Striptease aber gar nicht mehr vorstellen, was Amélie hätte verbergen können. Hätte sie noch was auf Offshore-Konten gehabt, hätten wir uns dieses Verfahren gespart.

Ich erkundige mich bei Frau Engerer, ob Amélie einen Arzttermin vereinbaren könne und wie wir mit der Rechnung vorgehen müssen. Denn um eine Arztrechnung zu bezahlen, reicht das Budget nie und nimmer aus. Frau Engerer erklärt uns, dass der Sozialdienst Arztrechnungen nicht direkt bezahlt. Entweder der Klient oder die Klientin oder die Krankenkasse müssten die Rechnung zuerst bezahlen. Der Sozialdienst erstattet die Rechnungen erst zurück, wenn die Franchiserechnung vorliegt. Ausgerechnet Amélies Krankenkasse ist aber die einzige in der ganzen

Schweiz, die das Tiers-Payant-Modell nicht akzeptiert, also keine Rechnung im Voraus bezahlt. Aber das sollten wir erst später erfahren, als Amélie eine Arztrechnung erhält, auf der sie sitzen bleibt.

In Bezug auf die Schulden und Beteiligungen sagt Frau Engerer, dass wir sie laufen lassen müssen, da der Sozialdienst keine Schulden bezahlt. Zuvor haben wir uns mit den Gläubigern in Kontakt gesetzt und Amélies Situation erklärt. Beide antworteten innerhalb eines Tages, dass sie verpflichtet seien, die Beteiligungen weiterzuziehen, wenn Amélie zahlungsunfähig sei. Abgesehen davon, dass die Notlage einer Person dadurch immer schlimmer gemacht wird, ergibt das für mich auch ökonomisch keinen Sinn. Wir haben eine Ratenzahlung vorgeschlagen, doch stattdessen fallen durch die Beteiligungen ständig weitere administrative Gebühren an, die Amélie offenbar nicht bezahlen kann. Sollten die Gläubiger daran interessiert sein, dass sie jemals wieder auf eigenen Beinen steht und ihre Schulden zurückzahlen kann, haben sie den falschen Weg gewählt.

Sofort macht sie einen Rückzieher. Sie sei sowieso zu feige, um sich selbst umzubringen. Nicht gerade die Art von Rückzieher, die mich beruhigt.

Wir gehen schweigend zu mir nach Hause. Amélie scheint niedergeschlagen, trotz der Feststellung des Sozialdienstes, dass sie Anspruch auf Hilfe hat. Ich kann sie verstehen. Einerseits war es ein kleiner Schritt vorwärts, andererseits müssen wir wieder von vorne anfangen. Zuhause frage ich sie, wie es ihr geht. Sie sagt, dass es vielleicht besser wäre, ihrem Leben ein Ende zu setzen, wenn es einzig darin besteht, Probleme zu haben. Mir rutscht das Herz in die Hose. Wie Amélie sich fühlt, hängt schon lange nicht mehr ausschliesslich von ihrer Situation ab. Trotzdem habe ich gehofft, dieser kleine Schritt helfe ihr. Müde antworte ich ihr, dass mir ihre Aussage grosse Sorgen bereitet. Und dass es wichtig sei, mit jemandem darüber zu sprechen, denn ausser mir weiss niemand im Detail von ihren Problemen. Sofort macht sie einen Rückzieher. Sie sei sowieso zu feige, um sich selbst umzubringen. Nicht gerade die Art von Rückzieher, die mich beruhigt. Am nächsten Tag reichen wir beim Sozialdienst Bern noch die letzten Dokumente ein, damit das Budget für den Monat September ausbezahlt werden kann. Als Amélie die 1109.30 am 17. September erhält, hat sie bereits eineinhalb Monate mit praktisch null Franken hinter sich. Sie bezahlt ihren Mietrückstand, die laufende Miete für September, die Handyrechnungen, um es zu entsperren und die Strafe fürs Schwarzfahren. Dann ist das Geld auch schon wieder weg. Trotzdem bringt es Erleichterung. Und da sie das Geld für den Monat September erst Mitte September erhalten hat, sollte es bis Anfang Oktober auch nicht mehr so lange dauern.

16. September–22. Oktober – Sober October

In den darauffolgenden Tagen reichen wir die von den Arbeitgebern ausgefüllten Dokumente bei der Arbeitslosenkasse in Bern ein. Es hat mehrere Wochen

gedauert, bis sie sie uns zurückgeschickt haben. Amélie verlegt ihre Schriften nach Biel und meldet sich beim dortigen Sozialdienst. Ob sie denn mit ihrem Bachelorabschluss nicht arbeiten könne, wird sie gefragt. Ihr wird mehr oder weniger dieselbe Liste an einzureichenden Dokumenten ausgehändigt wie beim Sozialdienst Bern. Nach einigen Tagen erhält der Sozialdienst Biel das Dossier von Amélie aus Bern. Trotzdem muss sie einige Dokumente nochmals einreichen, die sie bereits einmal eingereicht hat. Und dann geschieht einmal nichts, ausser, dass der Sozialdienst verlauten lässt, für ihr Eintreten auf das Dossier sei zuerst eine Entscheidung der Arbeitslosenkasse notwendig. Die Arbeitslosenkasse ihrerseits fordert auch immer wieder Dokumente und Erklärungen ein und lässt sich Zeit. Die Verlegung des Dossiers vom RAV Bern zum RAV Biel und von der Arbeitslosenkasse Bern zur Arbeitslosenkasse Biel bringt die betroffenen Stellen ganz durcheinan-

Es ist, als ob eine ertrinkende Person in der Badi per Megafon darüber informiert wird, dass sie die herumstehenden Rettungsschwimmer*innen verklagen darf.

der. Amélie erhält Briefe von allen Stellen, teilweise, um die genau gleichen Auskünfte einzuholen. Wir sind müde und ratlos. Jedes Mal bringen wir alle verlangten Dokumente mit und jedes Mal heisst es nach einigen Tagen, dass wir trotzdem noch dieses und jenes Dokument einreichen müssten. Nun ist bereits Mitte Oktober und Amélie konnte weder die Miete noch die Krankenkasse für den

laufenden Monat bezahlen, schon wieder. Auch den Besuch bei einem Psychologen hat sie nach einem ersten Treffen aus Angst vor einer Rechnung abgesagt. Zuvor hatte sie von ihrer Hausärztin eine Rechnung erhalten, die sie nicht bezahlen kann. Sie kommt ihrer anfänglichen Situation wieder sehr nahe.

Ich wende mich an Frau Engerer vom Sozialdienst Bern und bitte sie, sich beim Sozialdienst Biel zu erkundigen, was los ist. Sie erhält keine Antwort. In solchen Situationen fühlt man sich ohnmächtig. Ich frage Frau Engerer, wie es möglich ist, Beschwerde zu erheben, denn ich finde nirgends einen Hinweis darauf. Frau Engerer sagt, dass es eigentlich nicht möglich ist, Beschwerde zu erheben, wenn keine Verfügung vorliegt. Womöglich gäbe es eine Ombudsstelle. Auf jeden Fall könnten wir ein Akteneinsichtsgesuch machen. Ich bedanke mich bei ihr. Aber eigentlich will ich nur, dass der Sozialdienst Biel reagiert. Die Kraft und Zeit, uns an eine Ombudsstelle zu wenden, haben wir gar nicht. Sowieso würde auch das Tage dauern. Es ist, als ob eine ertrinkende Person in der Badi per Megafon darüber informiert wird, dass sie die herumstehenden Rettungsschwimmer*innen verklagen darf. Es wäre zwar richtig, es zu tun, aber die betroffene Person ist gerade anderweitig beschäftigt.

Schliesslich erhält Amélie ihren ersten Termin am Schalter beim Sozialdienst Biel für den 22. Oktober. Unterdessen hatte die Arbeitslosenkasse entschieden, dass Amélie für den August 81.95 und für den Monat September 294.30 Franken Arbeitslosengeld erhält. Dieses überweist die Kasse direkt an den Sozialdienst Bern. Beim Gespräch am Schalter des Sozialdienstes Biel geht es dann direkt um das Budget von

Budget	Arbeitslohn	Unterstützung Sozialdienst (exklusive der Krankenkassenprämie, die direkt bezahlt wird)	Taggelder Arbeitslosenkasse*	Prämienverbilligung*
August	295.25 (24.08)		81.95	
September	788.95 (25.09)	1109.30 (17.09)	294.30	221.–
Oktober	659.65 (25.10)	715.35 (29.10)	Noch keine Entscheidung	221.–
November	817.35 (23.11)	844.65 (13.11)	Noch keine Entscheidung	221.–

*Gehen direkt an den Sozialdienst

Amélie. Eine Prüfung ihres Anspruches erübrigt sich, weil der Sozialdienst Bern das schon getan hat und alle Dokumente eingereicht wurden. Allerdings machen uns die beiden Angestellten klar, dass der Sozialdienst Biel Amélie als 100% arbeitsfähig einstuft, weil der Sozialdienst keine Ausbildungen bezahlt. Deshalb müsse sie ihr beim RAV und der Arbeitslosenkasse angegebene Pensum von 60% auf 100% erhöhen, damit es mehr Arbeitslosengeld gibt und der Sozialdienst damit weniger bezahlen muss. Jede Stelle kämpft um ihre Ressourcen. Also folgt nochmals ein Gang zum RAV und zur Arbeitslosenkasse in Biel, um die Anpassung vorzunehmen. Wieder ein Tag um, denn Schalterzeiten sind Schalterzeiten. Am 29. Oktober erhält Amélie erstmals Unterstützung vom Sozialdienst Biel: 715.35 Franken für den Monat Oktober, exklusive der Krankenkassenprämie, für die sie Prämienverbilligungen erhält und die den Sozialdienst ungefähr 50.– Franken pro Monat kostet.

Am 27. November schliesslich hat sie ihren ersten Termin mit einer Sozialarbeiterin vom Sozialdienst Biel, über zwei Monate, nachdem das Dossier beim Sozialdienst Biel komplett war, nämlich am 17. September. In diesem Fall geht es nicht mehr um die Eröffnung der Entscheidung, sondern darum, Amélies Situation und die nächsten Schritte zu besprechen. Wie schon Frau Engerer vom Sozialdienst Bern ist Frau Mast* sehr zuvorkommend. Entgegen den Aussagen des Sozialdienstes Bern und denjenigen, die wir am Schalter in Biel erhalten haben, wird Amélie aufgeklärt, dass die Arztrechnungen ab Oktober vom Sozialdienst Biel übernommen werden. Leider wurde die

offene Arztrechnung im September ausgestellt. Die erste Mahnung hat Amélie nämlich schon erhalten.

Der Weg ist noch lang

Mittlerweile wird Amélie vom Sozialdienst Biel unterstützt. Damit hat sich die Situation etwas entschärft. Beim Betreibungsamt Biel konnte sie nachweisen, dass sie von der Sozialhilfe abhängig und zurzeit zahlungsunfähig ist. Davor standen nämlich Pfändungsbeamte des Betreibungsamtes Biel vor ihrer Haustür, während sie gleichentags vor dem Betreibungsamt in Ostermundigen zu erscheinen hatte. Vor Kurzem konnte sie zudem mit einer der bisherigen Mitbewohnerinnen in eine andere Wohnung in Biel ziehen, was für sie weniger Stress bedeutet. Zurzeit sucht sie eine Arbeit. Findet sie eine, sollte sie auch ihre Schulden abzahlen können. Sie belaufen sich auf einige Tausend Franken. Seit einigen Wochen geht sie zu einer Psychiaterin, die ihr vom Sozialdienst einer Universität vermittelt wurde. Diese wiederum hat sie an eine andere Psychiaterin in Biel verwiesen, die ihr erstmals gesagt hat, dass ihre Symptome klar auf eine Depression hinweisen, und ihr Antidepressiva verschrieben hat. Langsam kann sie auch wieder an ihr Studium denken und sich ihrem Praktikumsbericht und der Masterarbeit widmen.

Sie muss mehr Zeit darauf verwenden, ihre Situation zu rechtfertigen, als etwas an ihr verändern zu können.

Der Weg ist aber mit Rückschritten gepflastert. Vor allem die strukturlosen Tage setzen Amélie zu, kombiniert mit einem Gefühl, ständig tausend Dinge erledigen zu müssen. Die Tage, an denen es ihr nicht gut geht und sie das Haus kaum verlässt, wurden kürzlich wieder mehr. Zuzuhören und mit ihr zu diskutieren, was helfen könnte, kostet sehr viel Kraft und beginnt meistens jeden Tag wieder von vorne. Darüber hinaus bestehen weitere Baustellen, so zum Beispiel bei den Schulden: Neuerdings wird Amélie nicht nur für die unbezahlten Krankenkassenprämien und Steuern betrieben, sondern auch für das zinslose Darlehen vom Kanton Bern. Dieses haben wir aber letztes Jahr zurückbezahlt, als sich Amélie finanziell in einer sehr ähnlichen Situation befand. Damals halfen meine Eltern aus.

Noch immer wendet Amélie ein hohes Pensum für Termine, das Antworten von Briefen oder telefonische Abklärungen auf, ganz zu schweigen von den Kontakten mit weiteren involvierten Stellen wie dem Betreibungsamt, der Schuldenberatung, der kirchlichen Fürsorge, dem Sozialdienst der Universität oder der Krankenkasse. Sie muss mehr Zeit darauf verwenden, ihre Situation zu rechtfertigen, als etwas an ihr verändern zu können. Alleine die Kosten, die die Prüfung ihrer Unterlagen in Anspruch genommen haben, dürften die erhaltenen Unterstützungsleistungen bei Weitem übertreffen. Klar kann es sein, dass Amélies Situation ein wenig komplizierter ist als diejenige ausgesteuerter Sozialhilfebezügler*innen. Das alleine rechtfertigt aber die Ineffizienz der geleisteten Hilfe keineswegs. Ich konnte das erste Mal in meinem Leben nachvollziehen, wie Menschen in der Schweiz durch alle Maschen fallen können. Und wie es möglich ist, mit allem überfordert zu sein, selbst damit, irgendwo Hilfe für die eigene Überforderung zu finden. *Alle Namen geändert. text: anonym, illustrationen: lisa linder



**Aamäkelig: der provisorische Transitplatz
in Brugg in vorweihnachtlicher Idylle**

Networking für kritische Geister

Am 22. November fand in den Räumlichkeiten der Unitobler die «Lange Nacht der Bildung» statt. Die Veranstaltung wurde heuer zum zweiten Mal durchgeführt. Wir waren dabei und haben mitgeschrieben.

Es ist Donnerstagabend und auf dem gemeinsamen Flur der Institute für Religionswissenschaft und für Islamwissenschaft steht ein Referent vor einer Leinwand mit PowerPoint-Präsentation. So weit so gewöhnlich. Ein hundskommuner Unianlass eben. Der Raum ist aber von einem ganz anderen Vibe erfüllt: Die handgemalten Transparente («Bildung ist keine Ware») und die vielen Zuhörer*innen – wer auf Stühlen und Sofas keinen Platz mehr findet, macht es sich auf dem Boden bequem – lassen einen Hauch von 68 und Studierendenrevolten aufkommen. Revolutionär ist denn auch der Anspruch der Veranstalter*innen: Nichts geringeres als die Hochschule von Morgen will die Gruppe von Studierenden planen. Die Idee dazu entstand vor rund einem Jahr.

Bildung statt Karriere

Wie die meisten Schweizer Hochschulen organisierte auch die Universität Bern einmal im Jahr eine «Lange Nacht der Karriere». Dazu lud die Uni neben den Studierenden Vertreter*innen aus Wirtschaft, Verwaltung und NGOs, um Kontakte zu ermöglichen und damit die potentiellen Arbeitgeber*innen den zukünftigen Absolvent*innen ihre Anforderungen an ebenjene mitteilen konnten. Dazu boten sie Workshops an, mit dem Versprechen die Studierenden «in Pole Position» zu bringen, damit sie sich im «Wettlauf Arbeitssuche» gegen «Viele Konkurrenten (sic!)» durchzusetzen vermögen. Die Botschaft der «Langen Nacht der Karriere» war klar: «Kommt zu uns, gefällt den Arbeitgeber*innen oder lernt, ihnen zu gefallen!»

Weil dieser Anlass für viele Studierende zum Symbol der immer fortschreitenden Ökonomisierung der Bildung und des Wissenschaftsbetriebs wurde, regte sich letztes Jahr Widerstand: In Basel, St.Gallen und Zürich wurde als Konkurrenzveranstaltung die «Lange Nacht der Kritik» ausgerufen. In Bern entschieden sich die Veranstalter*innen, der Karriere die Bildung entgegenzustellen.

Die Botschaft der «Langen Nacht der Karriere» war klar: «Kommt zu uns, gefällt den Arbeitgeber*innen oder lernt, ihnen zu gefallen!»

Nachdem der Verein «Nacht der Bildung» im letzten März mithilfe die Aktionswoche «Bildungsaufstand» zu organisieren, erfolgte nun am 22. November also die zweite Ausgabe der «Langen Nacht der Bildung». Zeitgleich fand an den schweizer Hochschulen wiederum die Karrierenacht statt, nicht aber in Bern. Hier liess die Uni den Event für ein Jahr pausieren.

Dennoch wurde die Gegenveranstaltung durchgeführt – der Entwicklung, von der die «Nacht der Karriere» nur ein Teil ist, muss schliesslich weiterhin Einhalt geboten werden. Ging es im letzten Jahr noch darum, verschiedene Probleme zu diskutieren, wurde es dieses Jahr konkret: Nach dem Einstiegsplenum mit zwei Vorträgen und einem Abendessen gekocht von «Bio für Aui», wurden in vier Workshops konkrete Projekte angegangen.

Wie hast du's mit dem Rassismus?

Da war zum einen der Workshop von «antira Bern» unter dem Titel «antirassistisch durchs Studium». Hier besprachen die Teilnehmenden beispielsweise Critical Whiteness und Privilegien. Die Critical Whiteness setzt sich mit dem Weissen als soziales Konstrukt, das als Norm definiert wird, auseinander. Dadurch, dass weisse Menschen als der Norm entsprechend angesehen werden, würden sie in einer privilegierten Position stehen, so der Ansatz. Auf die Frage, wer denn glaube, von rassistischen Strukturen in der Gesellschaft zu profitieren, streckte die Mehrheit der Anwesenden im Workshop die Hand auf. Dies zu erkennen und gegen die strukturelle Diskriminierung ankämpfen zu wollen, bringt natürlich Verantwortung mit. Damit verbanden die Teilnehmer*innen etwa die Frage, wie akademische Wissensproduktion für den Kampf gegen Rassismus nutzbar gemacht werden kann und wie wir sowohl dem offensichtlichen als auch dem strukturellen Rassismus an Hochschulen entgegentreten

können. Dabei fiel auf, dass die Uni Bern zwar eine Abteilung für die Gleichstellung von Frauen und Männern betreibt, ein vergleichbares Organ zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus sucht mensch an der hiesigen Alma Mater aber vergeblich. Nun wollen sich die Studierenden regelmässig treffen, um solche Themen zu besprechen und Lösungen zu finden.

Dass Bildung auch ausserhalb von Institutionen wie der Uni funktioniert, zeigten die Vertreter*innen von openki.net in ihrem Workshop. Die Internetplattform, deren Name auf den ukrainischen Namen der Hallimasche (eine Pilzgattung, die ein grossflächiges Myzel-Netzwerk anlegt) zurückgeht, ermöglicht es den Benutzer*innen, niederschwellig Angebote von Sprachüber Koch- bis hin zu Buchhaltungskursen auszuschreiben oder Kurse von anderen Benutzenden zu besuchen. Eine Einführung in selbstorganisiertem Lernen sowie ein Talent-Speeddating ermöglichten es den Workshopteilnehmer*innen dann, entsprechende Kontakte zu knüpfen.

Die basisdemokratische Uni als Ziel

Weitaus politischer wurde es im dritten Workshop: unter_bau teilte ihre Erfahrung als Basisgewerkschaft an der Goethe-Universität Frankfurt. Die Idee hinter unter_bau besteht darin, die Bedürfnisse aller, die der Uni als Arbeitgeberin im weitesten Sinne angegliedert sind, zu vertreten und somit mehr Druck auszuüben. So will sich unter_bau als Gewerkschaft der Hausdienste, des Mensapersonals, der Hilfsassistent*innen, der Putzkräfte, der Studierenden und der Angehörigen des Mittelbaus für gerechtere Anstellungsbedingungen, mehr Mitspracherecht bei den Lehrplänen und einen offenen kritischen Diskurs über Unistrukturen einsetzen. Geht es nach den Anwesenden in diesem Workshop, soll sich auch die Uni Bern in diese Richtung entwickeln: raus aus den Studi-, Fakultäts- und Abteilungsblasen, Anliegen teilen und Kämpfe solidarisch führen, für mehr Basisdemokratie an und in der Uni.

Etwas konkreter und genauso politisch ist das Ziel des vierten Workshops: Am 14. Juni 2019 findet in der gesamten Schweiz der Frauen*streik statt, daran wollen sich auch Studierende der

Raus aus den Studi-, Fakultäts- und Abteilungsblasen, Anliegen teilen und Kämpfe solidarisch führen, für mehr Basisdemokratie an und in der Uni.

Uni Bern beteiligen. Dazu planen sie, bereits im Vorfeld Vorträge und Informationsveranstaltungen durchzuführen. Zudem sollen auch hier alle Uniangestellten mit einbezogen und mobilisiert werden.

«Und wie geht's jetzt weiter?»

Etwas erschöpft sammelten sich die Teilnehmenden der Workshops nochmals zum Plenum, um sich über die Ergebnisse der einzelnen Diskussionen zu informieren. Anschliessend liess mensch den Abend in verschiedenster Weise ausklingen: die einen bei einem Bier an der Bar, die anderen der Klanginstallation im Treppenhaus lauschend oder im Gespräch mit neuen oder alten Kontakten. Wer sich an dem Abend etwas umhörte, merkte, vielen fehlte streckenweise der Elan vom letzten Jahr. Das mag daran liegen, dass heuer der Reiz der Gegenveranstaltung wegfiel. Jedenfalls blieb die «Lange Nacht

der Bildung» 2018 für manche zwar durchaus interessant, doch unter ihren Erwartungen. Was von dem Anlass bleibt, wird sich zeigen. Manche der Ziele, die an jenem Abend gesteckt wurden sind utopischer als andere und wie viele der Teilnehmer*innen wirklich gewillt sind, sie zu verfolgen oder nur aus Interesse mal reingeschaut haben ist ungewiss. Auf jeden Fall aber trug die Lange Nacht der Bildung dazu bei, dass sich Menschen mit denselben oder ähnlichen Anliegen austauschen und Kontakte knüpfen konnten. Menschen, die ihre Bildung nicht zwingend als Werkzeug für die eigene Karriere betrachten, sondern als Möglichkeit, sich für die Gesellschaft zu engagieren und einen Beitrag zu einem kritischen Diskurs über deren Verhältnisse zu führen. Und wer weiss, vielleicht beseitigt diese Generation Studierender den Muff von 50 Jahren unter den Talaren. text: noah pilloud



A portrait of Manuela Pfrunder, a woman with long dark hair, wearing a dark sweater, looking slightly to the right. The background is a warm, blurred indoor setting.

«Natürlich fragten wir uns, ob die Schweiz wirklich weltoffen ist.»

Vor elf Jahren erhielt die Grafikerin Manuela Pfrunder den Auftrag von der Schweizerischen Nationalbank, die neuste Banknotenserie zu gestalten. Im Interview mit der *bärner studyztig* erklärt die gebürtige Luzernerin, woran sich eine weltoffene Schweiz erkennen lässt und inwiefern Geld ästhetisch sein muss.

plöiderlet

Manuela Pfrunder, mittlerweile kennen wir schon die 10er-, 20er-, 50er- und 200er-Note, die du gestaltet hast. Wie steht es um die 100er- und 1000er-Note?

Sie sind gedruckt und liegen bereit. Natürlich weiss ich, wie sie aussehen, da ich auch den Beginn der Druckprozesse begleitete. Das war im letzten Frühling und für mich der letzte, grössere Aufwand. Für mich ist das Projekt jetzt abgeschlossen.

Ursprünglich sollte die 50er-Note bereits 2010 erscheinen, schlussendlich wurde sie aber erst 6 Jahre später präsentiert. Wieso kam es zu dieser Verzögerung?

Es war von Anfang an klar, dass der vorgeschlagene Zeitplan sehr ambitioniert war. Immerhin sollten auch auf technischer Ebene neue Innovationen und Sicherheitsfeatures eingeführt werden, die zuvor noch gar nicht auf dem Markt waren. Je höher die Sicherheitsanforderungen sind, desto schwieriger wird die Produktion. Zudem war unsere Gestaltung sehr anspruchsvoll. Wir haben es der Technik nicht gerade leicht gemacht, was auch ein Teil unseres Auftrags ist. Die Nationalbank war zudem nicht unter Druck, die neuen Noten möglichst bald zu veröffentlichen, da keine Gefahr durch Fälschungen der alten Serie bestand. So wurde entschieden, mehr Zeit in Optimierung der Produktion zu investieren. Längerfristig betrachtet war das sicher eine kluge Entscheidung.

Gehen wir zurück an den Anfang: 2005 wurdest du im Alter von 26 Jahren zum Ideenwettbewerb der Nationalbank eingeladen. Wieso wolltest du den Banknoten ein neues Gesicht geben?

Die Aufgabe, für die Schweiz Banknoten zu gestalten, erschien mir spannend. Es ist ja nicht ganz trivial, sich der Identitätsfrage des eigenen Landes zu stellen. Eine grosse Herausforderung und ein einzigartiges Projekt, das man höchstens einmal im Leben machen kann. Deshalb wollte ich mitmachen.

Mit welchen Überlegungen bist du, angesichts des vorgegebenen Titels «weltoffene Schweiz», an das Projekt heran gegangen?

Natürlich haben wir uns die Frage gestellt, ob die Schweiz denn wirklich weltoffen ist. Wir empfanden, dass im Bereich der Wirtschaft diese Annahme legitim ist, aber in anderen Bereichen weniger. Bereits diese Frage gab genug Diskussionsstoff, hinzu kamen noch die notenspezifischen Themenvorgaben, welche darzustellen waren und so haben mein Partner Adrian Heuberger und ich in den ersten drei Monaten unter anderem sehr viel diskutiert. Danach suchten wir einen Weg der Umsetzung, um den verschiedenen Vorgaben gerecht zu werden. Uns ging es auch darum, aus den vielschichtigen Themenbereichen einen roten Faden zu ziehen.

Ist der Aspekt der «weltoffenen Schweiz» also immer noch enthalten, obwohl der Übertitel der Serie offiziell zu «vielseitige Schweiz» geändert wurde?

Visuell sieht man nach wie vor auf jeder Note den Globus, kartographische Themen und auch anliegende Länder werden angedeutet. Wir verlagerten den Fokus von der Weltoffenheit der Schweiz auf die Schweiz als Teil der Welt. So thematisierten wir nicht den Nationalstaat Schweiz an sich, sondern hatten den Bezug der Schweiz zur Welt im Blick. Der Aspekt der Weltoffenheit wird in der Kommunikation der SNB aber schlussendlich nicht mehr fokussiert.

Auf deiner Webseite beschreibst du die Welt als Bühne. Was für eine Rolle spielt die Schweiz auf dieser Bühne?

Auf der 50er-Note wird der Wind thematisiert, ein weltweites Phänomen, das mit der Schweiz per se nichts zu tun hat. Der Schweizer Bezug entsteht aber dann, wenn der Wind mit Bergen, dem Gleitschirmflieger und der Pusteblyme visualisiert wird. Denn diese Elemente sind gerade beim Thema «Erholung und Erlebnis» sehr wohl mit der Schweiz in Verbindung zu bringen. Dadurch wird die Rolle der Schweiz ersichtlich. Das Thema «Zeit» auf der 10er-Note ist durch ein Uhrwerk

verbildlicht, das im Bezug zur Pünktlichkeit und Präzision stark in Verbindung mit der Schweiz steht und zum vorgegebenen Thema «Organisation» passt. Das Einführen dieser «Überthemen» oder, wie wir es nennen, der «Protagonisten» der jeweiligen Noten, erlaubte uns, Bilder auszuwählen, die nicht so populär sind wie beispielsweise das Matterhorn, sondern ein Gefühl für die Schweiz vermitteln.

«Wir thematisierten nicht den Nationalstaat Schweiz an sich, sondern hatten den Bezug der Schweiz zur Welt im Blick.»

Du hast in Luzern die Fachklasse mit dem Projekt «Neotopia. Atlas zur gerechten Verteilung der Welt», abgeschlossen. Jetzt hast du Banknoten gestaltet: Ein Symbol nicht immer gerechter Verteilung. Ist das nicht ein sehr grosser Sprung?

(lacht) Ja klar. Es handelt sich um zwei vollkommen verschiedene Dinge. Bei beidem sehe ich aber die Auseinandersetzung mit einem ähnlichen Inhalt, der zum Tragen kommt. Das eine ist auf die Schweiz bezogen, das andere auf Menschenrechte und Uniformität. Bei beiden Projekten geht es stark um Identität.

Das Geld im Portemonnaie ist ein Symbol. Man kann entscheiden, was man damit anrichtet. Es ist weder gut noch böse. Muss das Geld ästhetisch ansprechend sein?

Was würde es denn bedeuten, wenn wir das Geld bewusst unästhetisch gestalten würden? Ich glaube einerseits nicht, dass die Nationalbank einen De-

signer auswählen würde, der diesen Anspruch verfolgt. Man kann aber vielleicht festhalten, dass wenn eine Währung stabil ist, sich die Ästhetik allenfalls mehr Ausgefallenheit erlauben kann. Eine schöne Banknote alleine heisst wiederum noch nicht, dass man damit auch etwas kaufen kann. Wird die Währung an sich in Frage gestellt – durch eine Inflation oder andere Gründe – dann kann das Design allein schwerlich das fehlende Vertrauen aufwiegen, das wäre äusserst anmassend. Die Gestaltung einer Banknote hat auch sehr pragmatische Aspekte: Ein gutes Design soll helfen, Fälschungen schnell zu erkennen oder sogar deren Erstellung zu verunmöglichen und muss wichtige Funktionen eines Zahlungsmittels aufweisen. Beispielsweise soll es schnell mit dem entsprechenden Notenwert erkannt werden, ob nun in einer schummrigen Bar, von einem Automaten oder einer sehbeeinträchtigten Person. Ist dies alles eingelöst, soll das Design auch die Frage der Identität eines Landes thematisieren und einen Zeitgeist widerspiegeln. Nicht grundlos werden die Banknoten oft als die Visitenkarte eines Landes gesehen. Ich glaube schon auch, dass die Identitätsfrage sehr wichtig ist. Wir haben das Geld jeden Tag in der Hand. Man soll gerne mit dem Geld bezahlen.

Siehst du die Gestaltung der Banknote als künstlerische Arbeit?

Ich bin zwiespalten. Gerade aus den zuvor erwähnten Punkten. Ich persönlich habe nicht den Anspruch, Kunst zu machen, sondern Grafik: eine auftragsbezogene Dienstleistung. Aber ja klar, auch ich will etwas Schönes machen.

Die Banknoten stehen für Kreativität, Humanität, Kommunikation, Wissenschaft, Organisation, Erlebnis. Themen wie Religion oder Kunst werden nicht angesprochen...

Die sechs Themen gab die Nationalbank vor. Die Religion war nicht darunter. Ich glaube, sie wäre in unserem Land heutzutage schwierig zu thematisieren. Bei der letzten Serie stand die Kunst, durch das Porträtieren von Persönlichkeiten aus dem Kulturbereich, im Fokus. Bei

dieser Serie wollte man etwas Neues. Auf der 20er-Note hätte die Kunst allenfalls stärker thematisiert werden können. Mit der Abbildung der Piazza am Filmfestival Locarno haben wir auf die Populärkultur fokussiert. Mit der Beamerprojektion auf eine weisse Leinwand konnten wir das vorgegebene Thema «Kreativität» der 20er-Note mit dem Protagonisten «Licht» in Verbindung bringen.

Die Hände als Symbol für jeden einzelnen Menschen stehen nun an Stelle der bekannten Porträts. Rückt dadurch dein Gesicht als Gestalterin stärker in den Vordergrund?

Das habe ich in diesem Zusammenhang noch nie betrachtet. Spannende Überlegung. Ich meinte bis anhin eher, dass es daran liegt, dass der Auftrag an eine junge Frau vergeben wurde und

«Ich persönlich habe nicht den Anspruch, Kunst zu machen, sondern Grafik: eine auftragsbezogene Dienstleistung.»

sich daraus eine Geschichte machen lässt. Interviews und Portraits haben ja momentan eine Hochkonjunktur. Die Medienlandschaft hat sich stark verändert gegenüber den Zeiten, in denen Jörg Zintzmeyer oder Ernst Hiestand die Noten gestaltet haben.

Hast du keine Angst davor, dass dein Name immer mit der Gestaltung der Banknoten verbunden sein wird?

Doch, das bereitet mir schon auch Sorgen. Je weiter weg dieses Projekt jetzt aber rückt, desto einfacher fällt es mir, damit umzugehen, da ich mich mittlerweile auch wieder anderen Aufträgen zuwenden kann. Bevor die erste Note herausge-

geben wurde, war es schon ein unangenehmes Gefühl, nicht zu wissen, wie die Reaktionen ausfallen werden. Mein Name war damals schon bekannt als Gestalterin der neuen Banknoten, das Namensschild war also schon da, nur das Produkt fehlte noch.

Du gestaltest Banknoten, die Menschen täglich gebrauchen, und setzt dich ihrem Urteil aus. Haben die Leute deine Überlegungen verstanden?

Man kann sich länger mit diesen Banknoten beschäftigen und viele Überlegungen dazu anstellen, muss aber nicht. Es lässt sich mehr darauf entdecken, als bei der Einführung kommuniziert wurde. Aber diese Notenserie ist ja auch noch für weitere 15 bis 20 Jahre im Umlauf. Da bleibt also noch viel Zeit zum Entdecken. Kürzlich hat eine Frau neben mir in einem Laden eine 10er-Note gesucht und gemeint, die 200er-Noten sähen sehr ähnlich aus wie die 10er-Noten. Da dachte ich mir: Das haben wir nicht gut gelöst. Dass die Menschen die Noten in ihrem Portemonnaie unterscheiden können, ist ein essentieller Punkt. Ob auf der Note noch Hände abgebildet sind, war dieser Frau in dem Moment völlig egal.

Gibt es Aspekte der Gestaltung, die in der Öffentlichkeit kaum bemerkt wurden?

Sehr aufwendig für uns war der metallische Sicherheitsstreifen auf den Noten. Dort sind etwa die höchsten Berge der Schweiz abgebildet, die längsten Eisenbahntunnels oder das Schienennetz Europas. Dies zu generieren, war eine Riesenarbeit und zwischendurch habe ich mich schon gefragt, ob sich der Aufwand überhaupt lohnt. Schlussendlich wurde dieser Sicherheitsstreifen von den Medien, Wissenschaftlern und Interessierten immer wieder aufgegriffen, genau angeschaut und zum Thema gemacht. Das ist schön zu sehen. Die Universität Bern hat beispielsweise einen Artikel veröffentlicht über die Schmetterlinge auf der Rückseite der 20er-Note. Darin hat eine Biologin begründet, warum diese Schmetterlinge auf der Note zu finden sind und wie die Reflexion des Lichts auf den Schuppen der Schmetterlingsflügel funktioniert. Das fand ich super.

In einem Interview sagte der Grafiker Simon Küfer, er erkenne einen Paradigmenwechsel: «Weg von einer Schweiz, die sich als Vorreiterin der Moderne sieht, und hin zu einer Schweiz, die schon sehr globalisiert ist und in dieser globalisierten Welt vor allem ein Finanzplatz ist.» Kannst du diesen Gedanken zustimmen?

Ich weiss nicht, woran er den Finanzplatz erkennt, eventuell geht es darum, dass die Schweiz mit der neuen Notenserie einen Benchmark setzen will, da diese international zu den sichersten und innovativsten Noten gehören. Abgebildet ist nichts aus dem Bereich der Finanzwelt. Das Thema des Globalen zeigt sich aber sehr deutlich. Die Schweiz will sich ja so verstehen, deshalb lautete der ursprüngliche Titel des Gestaltungswettbewerbs auch «die weltoffene Schweiz». Es fand eine Abkehr statt von der Idee, Errungenschaften aus der Vergangenheit zu zeigen. Wir befinden uns mittlerweile nicht mehr in der modernen, sondern in der postmodernen Zeit, dem kann ich sicher zustimmen.

Welche Auflagen stellte die Nationalbank an dich bezüglich der Sicherheitsvorkehrungen während der Gestaltung?

Die Daten mussten allzeit gesichert sein, damit Unbefugte keinen Zugang erhalten konnten. Der Transfer zur Druckerei lief ebenfalls über eine sichere Verbindung, damit die Gestaltung bis zum Präsentationstermin geheim blieb. Der heikelste Moment ist die Inumlafsetzung einer Note. Wenn zu diesem Zeitpunkt bereits Fälschungen im Umlauf wären, könnten diese eine Gefahr für das Original darstellen, da das neue Design noch nicht eingepreßt ist. Die neuen Noten wurden deshalb bewusst der Öffentlichkeit vorgestellt, bevor sie eine Woche später in Umlauf kamen. Interessant fand ich einen Beitrag in den Medien, in welchem mit der neuen 20er-Note in Läden bezahlt wurde und die Verkäufer das Geld annahmen, ohne zu wissen, wie die neuen Noten überhaupt aussehen oder dass es neue Noten gibt. Dieses Vertrauen in das Zahlungsmittel ist schon erstaunlich und fast etwas beängstigend.



«Dieses Vertrauen in das Zahlungsmittel ist schon erstaunlich und fast etwas beängstigend.»

Du konntest während diesen elf Jahren auch privat nicht über deine Arbeit sprechen. Wie schwierig war das?

Oft möchte man ja über Sorgen sprechen, und die sind meistens zwischenmenschlicher Natur. Darüber lässt es sich ja schon reden, wenn man die Namen weglässt. In dem Sinne konnte ich im vertrauten Kreis schon über die Arbeit sprechen. Schwierig war es, nie etwas zeigen zu können, etwa anderen visuellen Gestaltern. Wir blieben zu einem gewissen Grad unreflektiert. Der Austausch fand nur zwischen Beratern der Nationalbank, der Druckerei und unserem Team statt, dieser Kreis war also sehr eng. Der Blick von aussen fehlte komplett.

Würdest du wieder einen solchen Auftrag annehmen?

Vielleicht wenn ich wieder 26-jährig wäre (lacht). Aber einmal im Leben reicht für mich. Ich geniesse es gerade sehr, dass das Projekt abgeschlossen ist.

Was steht als Nächstes an?

Jetzt, da es draussen wieder kälter wird, kriege ich schon Lust auf ein neues Projekt. Ich habe mir mittlerweile ein grosses Wissen über Sicherheitsdesign und Sicherheitsdruck angeeignet, das ich gerne weiter anwenden würde. Es ist mir aber auch wichtig, dass ich es mir offen lasse, was als nächstes kommt. Ich werde sicher weiterhin im grafischen Bereich arbeiten, denn diese Tätigkeit liebe ich. Aktuell habe ich ein paar Aufträge, aber nichts in der Grössenordnung der Banknoten. Das weiss ich momentan sehr zu schätzen (lacht). **text: gina müller, luca hubschmied; bild: sam von dach**

Nadine (24) aus Ostermundigen fragt:

Kann man Eier einfrieren?

Liebe Nadine, es gibt nicht nur dumme Fragen, sondern auch sehr unpräzise. Um welche Art von Eiern handelt es sich denn überhaupt? Rohe Eier, gekochte Eier, Dreiminuteneier oder Spiegeleier? Meinst du überhaupt Hühnereier oder doch Dracheneier? Oder sind es Eierkuchen, Schoggiostereier, vielleicht eine Eieruhr? Falls du damit weibliche Eizellen meinst, können wir die Frage klar mit Ja beantworten. Facebook und Apple lassen sich die Karriere ihrer Mitarbeiterinnen ja schon seit Längerem etwas kosten und bezahlen ihnen das Einfrieren ihrer Eizellen – social freezing wird das genannt. Wie sozial dieses Einfrieren ist und ob sowas moralisch vertretbar ist, wagen wir jedoch nicht zu beantworten. Auch nicht, ob die daraus entstandenen Kinder mit gegebener Entstehungsgeschichte in ihrem Leben je richtig auftauen. Aber zurück zur Präzision. Meinst du allenfalls gar männliche Eier, sprich Hoden? Aber wieso sollte man Hoden einfrieren? Ei ei Nadine, bist du etwa Mitglied der Mafia? Wobei – Hoden sind in gewissen Kulturen ja eine Delikatesse. Stierhoden zum Beispiel werden am «Testicle Festival» in verschiedenen Städten in den USA en Masse verspiesen. Da empfehlen wir jedoch den frischen Verzehr ohne Einfrieren. Das ist genüsslicher.

Item, genug herumgeeiert. Fokussieren wir den Radius der Einfachheit halber auf Hühnereier – das ist wohl den meisten unserer Leser*innen auch als erstes in den Sinn gekommen bei deiner Frage. Wie der Name Hühnerei schon sagt, lässt es sich hier aber nicht vermeiden, auch noch das Huhn ins Spiel zu bringen und damit die Entstehungsproblematik.

Angenommen, man könnte Eier einfrieren und jemand hätte das Ur-Ei – also jenes Ei in den Anfängen der Anfänge – eingefroren. Dann gäbe es gar keine Welt und keine eierlegenden Hühner wie wir sie heute kennen. In der Folge würden Menschen keine Eier essen, da nicht existent, und nicht über die Fragen des Ei-Einfrierens diskutieren. Wenn man Eier also einfrieren könnte, hätten wir gar nicht die Möglichkeit, über diese Frage zu diskutieren, weil es die notwendig existierenden Bedingungen um diese Frage zu stellen, die Eier, gar nicht gibt. Deshalb muss diese Frage mit Nein beantwortet werden und wenn jemals ein Mensch versucht, ein Ei einzufrieren, wird die Welt wie wir sie kennen unvermeidlich untergehen und das Universum in sich selbst kollabieren.

Gackernde Grüsse, Dein Experte **dob, seo**

Auch wenn es die Dozierenden zu Semesterbeginn kollektiv und repetitiv abstreiten – es gibt sie, die dummen Fragen! Unser ExpertInnenteam nimmt sich ihrer an: eloquent, sachkundig und auch durchaus verständnisvoll. **Sende jetzt deine Frage an frage@studizytig.ch und GEWINNE zwei Tickets für einen Eintritt in den Dachstock.**

SAMSTAGABEND: WG-PARTY!

- 19:00 Eure WG-Party beginnt.
- 22:15 Nachbar ruft die Polizei.
- 22:30 Euer WG-Kässeli ist mit einer Busse vorbelastet.
- 23:00 Die Kosten für den Polizeieinsatz haben euer WG-Kässeli gesprengt!

Am 10.2.2019 können wir über das neue Polizeigesetz des Kanton Bern abstimmen! Dieses sieht u.a. folgendes vor:

- Erleichterte Wegweisung aus dem öffentlichen Raum
- Schnellere Wegweisungsverfahren gegen Fahrende
- Kostenüberwälzung von Polizeieinsätzen auf Private und Organisatoren
- Verdeckte Vorermittlungen und Observationen ohne Tatverdacht

Deshalb informiert und engagiert euch während der Aktionswoche gegen das neue Polizeigesetz vom 7. – 12. Januar 2019 und kommt am Samstag, 12. Januar um 14:30 auf die Schützenmatte an die ...

DEMONSTRATION: «GEGEN DAS NEUE POLIZEIGESETZ»!

... und nehmt eure Partygäste gleich mit.

Referendumskomitee „Nein zum Polizeigesetz“
Soli-Konto, 3000 Bern, PC: 30-351860-7
www.polizeigesetz-nein.be

Rätsel



rätsel und gestaltung: ivo

Welcher Filmtitel versteckt sich in der Collage?
Sende das Lösungswort bis am 15.1.19 an raetsel@studizytig.ch.
Zu gewinnen gibt es 1x2 Tickets für die Vorstellung des Stückes «Freigänger» vom Konzert Theater Bern.
Viel Erfolg!



Hier noch Eier.

Impressum

Die *bärner studizytig* wird herausgegeben vom Studentischen Presseverein an der Universität Bern. Sie erscheint 4x jährlich mit einer Auflage von 11'857 Exemplaren.

Redaktion

Sophie Ashley (soa), Dominique Bitschnau (dob), Melchior Blum (meb), Aninna Burgherr (anb), David Burgherr (dab), Sam von Dach (svd), Alice Fankhauser (afa), Lucie Jakob (luj), Lisa Linder (lil), Luca Hubschmied (lh), Gina Müller (gim), Sven Niederhäuser (svn), Ivie Onaiwu (ivo), Fabio Peter (fpe), Noah Pilloud (nop), Rahel Schaad (ras), Yannic Schmezer (yas), Jana Schmid (jas), Lukas Siegfried (lus), Levin Sommer (les), Alexis Strähl (als), Mathias Streit (mas), Saare Yosief (say)

Externe

Design: Jacqueline Brügger, Paolo Riva
Bilder: Davide della Porta, Sam von Dach, Nils Wyssmann
Layout: Ivie Onaiwu
Illustration: Lisa Linder, Nico Schmezer
Rätsel: Ivie Onaiwu
Lektorat: Karla Koller
Webseite: Felix Brönnimann, Julian Morf, Lukas Bieri; dreigestalten

Werbung

inserate@studizytig.ch

Kontakt

bärner studizytig, 3000 Bern
info@studizytig.ch, www.studizytig.ch

Druck

Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Aarau

Redaktionsschluss *bärner studizytig* #15:

15.2.2019

Inserate-Aannahmeschluss: 8.2.2019

Erscheinungsdatum (Versand): KW 10

Redaktion SUB-Seiten

Nils Wyssmann (wy)

Kontakt SUB

redaktion@sub.unibe.ch
Verantwortliche SUB-Vorstand:
Sebastian Funke,
sebastian.funke@sub.unibe.ch
Lektorat SUB-Seiten: Noémie Lanz

Adressänderungen bitte melden an:

abo@studizytig.ch

Die *bärner studizytig* dient der Student-Innenschaft der Universität Bern (SUB) als Publikationsorgan für Informationen für ihre Mitglieder auf den SUB-Seiten. Für SUB-Mitglieder ist das Abo der *bärner studizytig* im SUB-Mitgliederbeitrag inbegriffen.

Du bist nicht SUB-Mitglied, möchtest aber die *bärner studizytig* trotzdem nach Hause geschickt bekommen? Kein Problem! Sende eine E-Mail mit deiner Adresse an abo@studizytig.ch. Die Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und nicht weitergegeben.

Du möchtest die *bärner studizytig* nicht mehr im Briefkasten? Dann schlafe noch eine Nacht darüber. Wenn du sie dann wirklich nicht mehr willst, sende eine E-Mail an abo@studizytig.ch.



Was haben Sie mit uns vor, Frau Häslar?

sub-seiten

Christine Häslar ist die neue Erziehungsdirektorin des Kantons Bern. Gegenüber den SUB-Seiten äussert sie sich erstmals ausführlich zu ihren Plänen für die Universität Bern. Zentrale Ziele seien Chancengerechtigkeit und finanzielle Stabilität, sagt sie im Gespräch.

Geht es um Hochschulpolitik, ist sie ein unbeschriebenes Blatt. In ihrer beruflichen Vergangenheit beschäftigte sich die neue Erziehungsdirektorin mit Stauseen und Wasserkraftwerken. In der Politik lagen ihre Schwerpunkte im Bereich der Umwelt-, Sozial- und Energiepolitik. In ihrer Rede am diesjährigen Dies academicus sagte sie unverblümt: «Ich musste nicht lange suchen, um meinen bisherigen persönlichen Bezug zur Universität Bern zu finden: Es gibt keinen.»

Das war bei ihrem Vorgänger anders. Als promovierter Jurist kannte Bernhard Pulver die Universität von innen. Vor Amtsantritt lehrte er Staatsrecht an der Universität Neuenburg. Und nach seinem Abgang bleibt er der Universität Bern als Verwaltungsratspräsident der Insel-Gruppe als wichtiger Partner erhalten.

Welche Rolle spielt der persönliche Hintergrund für einen hochschulpolitischen Kurs? Wie wird sich Häslars Politik von der Politik ihres Vorgängers unterscheiden? Und wohin will die neue Erziehungsdirektorin mit der Universität Bern?

Die SUB-Seiten haben Christine Häslar an der Unitobler zum Gespräch getroffen. Im Interview spricht sie über Gerechtigkeit, universitäre Leuchttürme und Prekarität. Und sie erklärt, wie sich ein Stipendiensystem ohne Mehrausgaben verbessern lässt.

Frau Häslar, Sie sind gelernte Kauffrau aus Burglauenen, arbeiteten als Kommunikationsleiterin bei den Kraftwerken Oberhasli und gelten als ausgesprochene Sozialpolitikerin. Das riecht nicht nach einer besonderen Affinität für Hochschulpolitik.

Das könnte man so interpretieren. Aber gerade die Sozialpolitik hat sehr viel mit dem Bildungswesen und damit auch mit Hochschulpolitik zu tun. In beiden Bereichen ist die Frage zentral: Wie schaffen wir es, Chancengerechtigkeit für alle zu gewährleisten? Der Grundsatz der Chancengerechtigkeit hat für mich immer eine wichtige Rolle gespielt. Was ich als Parlamentarierin in den letzten Jahren konkret für Vorstösse gemacht habe, ist sekundär. Aber klar: Einen Hochschulabschluss habe ich nicht.

«An den Hochschulen wird man sich vielleicht in Zukunft die Frage stellen: Ist der Hörsaal noch das Richtige für uns?»

Wo sehen Sie denn konkret Handlungsbedarf hinsichtlich der Chancengerechtigkeit bei den Hochschulen?

Was nicht passieren darf ist, dass jemandem ein Hochschulstudium aus finanziellen Gründen verwehrt bleibt. Das ist etwas ganz Grundsätzliches. Wer die Fähigkeiten und das Interesse mitbringt, soll studieren können und zwar in jeder Disziplin. Gleichzeitig müssen wir uns als

Gesellschaft weiterentwickeln. Chancengerechtigkeit muss gesellschaftlich getragen werden, da geht es auch um das gegenseitige Verständnis: Wir sollten aufhören, die Berufslehre gegen die gymnasiale Matura auszuspielen. Und schliesslich ist Chancengerechtigkeit auch etwas, das bereits sehr früh beginnt. Es geht auch darum, die Kinder mit ihren individuellen Fähigkeiten abzuholen und so zu fördern, dass sie selbst vorankommen können und wollen.

Bräuchte es dazu nicht neue Unterrichtsformen, auch an der Universität?

Ich weiss nicht, ob es neue Unterrichtsformen braucht. Aber ich bin sicher, dass es in Zukunft neue Unterrichtsformen geben wird. Die digitale Transformation wird sehr vieles verändern, ob wir wollen oder nicht. Auch die Art, wie Wissen vermittelt wird. An den Hochschulen wird man sich vielleicht in Zukunft die Frage stellen: Ist der Hörsaal noch das Richtige für uns? Dabei müssen wir aufpassen, dass wir die soziale Komponente des Lernens nicht verlieren: Der Kontakt untereinander, die Teamarbeit.

Das ist es, was an der Uni gerade passiert: Die soziale Komponente tritt zunehmend in den Hintergrund. In manchen Studiengängen finden kaum noch Seminare statt. Das Verhältnis zwischen den Dozierenden und den Studierenden ist anonym. Man sollte die Betreuungsverhältnisse verbessern. Das kostet.

Ja, es ist eine Ressourcenfrage. Es geht um ein Abwägen zwischen dem finanziell Möglichen und dem Gewünsch-

«Der Grundsatz der Chancengerechtigkeit hat für mich immer eine wichtige Rolle gespielt.»

ten. Der Bedarf muss sinnvoll gedeckt werden. Bei der Uni muss man die Frage stellen: Wo ist der direkte Kontakt, das Einzelgespräch wirklich nötig? Dort wo es notwendig ist, soll es stattfinden können.

Der Betreuungsschlüssel ist das eine Problem, das andere Problem ist, dass viele Dozierende kaum Zeit für die Lehre finden, weil sie sich in befristeten Anstellungen befinden und deshalb unter hohem Publikationsdruck stehen. Im Vergleich zur Forschungstätigkeit spielt die Lehrtätigkeit bei Anstellungsentscheiden kaum eine Rolle. Niemand fragt bei den Studis nach, wie eine Person unterrichtet.

Die Qualifikationsphase kann für Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen tatsächlich eine anspruchsvolle Zeit sein. Es ist eine Phase, in der sehr vieles gleichzeitig geschieht. Häufig kommt genau in dieser Zeit Familie dazu und die damit verbundene Familienarbeit. Unsicherheiten sind in einer solchen Phase ein grosses Problem. Ich verstehe das gut. Ich glaube, man hat dies zu einem guten Teil erkannt und versucht das jetzt mit der Revisi- on der Universitätsverordnung anzugehen.

Wie denn konkret?

Es geht darum, klarere Rahmenbedingungen für den akademischen Nachwuchs zu schaffen. Als Nachwuchswissenschaftler oder -wissenschaftlerin muss ich meine Perspektiven auf eine akademische Dauerstelle realistisch einschätzen können. Eine Massnahme ist auch die Erhöhung der Anzahl von Assistenzprofessuren mit Tenure-Track, also die Schaffung von Stellen mit Aussicht auf einen unbefristeten Vertrag.

Ein anderes Thema ist die Gleichstellung. Bei den Studierenden sind die Frauen noch in der Mehrheit, bei den

Professuren sind es noch 20 Prozent. Einzelne Institute wie das Volkswirtschaftliche Institut werden von reinen Männergremien geleitet. Vielleicht sollte man einfach Quoten einführen?

Dass solche Prozesse dermas- sen lange dauern, ist schwierig. Gerade für Leute, die sich seit vielen Jahren für Gleichberechtigung einsetzen. Trotzdem: Ich glaube, die Langsamkeit gehört dazu. Wesentlich ist, dass sich etwas verändert. In der Quotenfrage bin ich unentschlossen. Wenn gar nichts mehr nützt, dann muss man diese ungeliebte aber vielleicht notwendige Massnahme treffen. Gleichzeitig möchte ich keiner Frau zumuten, dass man ihr nachsagt, sie habe die Professur nur wegen ihres Geschlechts erhalten. Das würde der ganzen Sache schaden. Ich bin ausserdem überzeugt, dass wir viel früher ansetzen müssen, nicht erst bei den Professuren. Bei den jungen Frauen muss das Bewusstsein entwickelt und sensibilisiert werden: Wir können und wollen das verändern.

Das Bewusstsein ist das eine, die Anstellungsbedingungen das andere. An der Uni ist es kaum möglich, Teilzeit zu arbeiten, wenn man beruflich vorankommen will. Das schadet der Gleichstellung. Es bräuchte mehr geteilte Professuren.

Ja, warum nicht. Die Uni kann solche Wege gehen. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Politik, der Uni in jedem Detail Vorgaben zu machen. Die Aufgabe der Politik ist es, der Uni im richtigen Moment die richtigen Anstösse zu geben, damit sie sich entwickeln kann.

Sie geben den Ball zurück an die Universitätsleitung.

Von aussen betrachtet spricht nichts gegen diese Idee. Falls dies noch nicht diskutiert wurde, möchte ich die Universitätsleitung zumindest auffordern, sich diese Gedanken zu machen.

Wie stark soll sich die Politik in universitäre Angelegenheiten einmischen?

Natürlich gibt es eine gewisse Abhängigkeit der Universität, die in dieser Form auch richtig ist. Der Kanton bezahlt mehr als einen Drittel der Mittel der Universität. Entsprechend hat die Universität gegenüber dem Kanton eine gewisse Verantwortung. Beispielsweise ist die Uni Bern per Leistungsvertrag verpflichtet, eine Volluniversität zu bleiben. In vielen Belangen soll die Uni allerdings autonom entscheiden können, gerade beim Personal. Die Uni muss sich entwickeln können.

Trotzdem war die Politik in den letzten Jahren eine wichtige Impulsgeberin für die Uni. Das Projekt sitem-insel wurde wesentlich von Ihrem Vorgänger Bernhard Pulver vorangetrieben.

Bei den grossen Themen ist es tatsächlich wichtig, dass der Grosse Rat als Vertreter der Bevölkerung mitentscheidet. Wenn man die Möglichkeit hat, gemeinsam ein Projekt mit Strahlkraft, einen Leuchtturm zu entwickeln, dann muss das gemeinsam geschehen.

Was ist denn Ihr Leuchtturm für die nächsten Jahre?

In Bezug auf die Universität? Ich habe eine grosse, anspruchsvolle Aufgabe angetreten. Ich will diese Aufgabe in aller Sorgfalt angehen. Es gibt wichtige Themen, mit denen ich mich stark beschäftige. Zum Beispiel das lebenslange Lernen: Es wird in Zukunft nicht mehr so sein, dass wir unsere Ausbildung im Alter von 25 Jahren abgeschlossen haben. Es wird immer wieder Phasen der Weiterbildung geben, weil sich die Berufswelt stark verändert: Viele Berufe werden verschwinden, neue kommen hinzu. Bei der Frage nach den ganz grossen Leuchtturmprojekten enttäusche ich vielleicht einige, wenn ich sage: Die Uni steht heute gut da. Und wir tun gut daran,



Die soziale Komponente des Lernens dürfe auch an der Uni nicht zu kurz kommen, sagt die Erziehungsdirektorin Christine Häslar.

dass wir der Uni stabile Rahmenbedingungen bieten. Egal ob die tagespolitische Fahne auf Nordwest oder Südost flattert. Stabilität garantieren: Das ist meine grosse Aufgabe in den nächsten Jahren.

Dann ist das ETH-Projekt ihres Kollegen Christoph Ammann nicht mehr aktuell? Anfang Jahr hat er in den Medien die Idee geäussert, einen ETH-Standort nach Bern zu holen.

Wenn die Zeit dafür reif ist und die Projektidee stimmt, dann werden wir das sicher gemeinsam gut prüfen.

Zurück zur Chancengleichheit. Seit 2004 ist die Anzahl der vergebenen Stipendien im Kanton Bern um einen Viertel gesunken, gleichzeitig studieren heute massiv mehr Personen als damals. Es wird immer schwieriger, ein Stipendium zu erhalten. Wer mehr Chancengleichheit will, müsste hier ansetzen. Was werden Sie tun?

Eine Möglichkeit besteht darin, die Freibeträge anzupassen. Dies haben wir im Sommer getan. Seit August gelten höhere Freibeträge bei den Stipendien.

Das heisst, es ist nun einfacher, neben dem Studium zu arbeiten, wenn man Stipendien bezieht. Man kann heute bis zu 500 Franken monatlich verdienen, ohne dass diese vom Stipendium abgezogen werden. Insgesamt glaube ich, dass sich der Kanton Bern bei den Stipendien stark engagiert, wir haben beispielsweise keine Plafonierung der Stipendienhöhe, so wie dies andere Kantone kennen. Aber natürlich: Mir ist vollkommen bewusst, dass das Studium eine Zeit ist, in der es finanziell auch mal knapp werden kann. Genügend Geld für den Lebensunterhalt zu verdienen und daneben genug Zeit für das Studium zu haben, das ist eine Herausforderung. text: nils wyssmann, bild: florian spring

«Stabilität garantieren: Das ist meine grosse Aufgabe in den nächsten Jahren.»

Zur Person

Christine Häslar trat im Juni 2018 die Nachfolge von Bernhard Pulver als bernische Erziehungsdirektorin an. Zuvor sass die Oberländerin von 2015–2018 im Nationalrat und von 2002–2015 im Grosse Rat, während mehreren Jahren präsidierte sie die Grüne Fraktion im Grosse Rat. Bis zu ihrem Amtsantritt arbeitete Häslar als Kommunikationsleiterin bei den Kraftwerken Oberhasli.

Quo vadis, Academia?

Vor knapp zwanzig Jahren wurde mit der Bologna-Erklärung der Grundstein für die bisher weitreichendste europäische Hochschulreform gelegt. Ihre Folgen zeigen sich bis heute im Alltag von vielen Studierenden, auch an der Universität Bern. Zeit für eine Bilanz.

Im Jahr 1999 unterschrieben die Bildungsminister_innen von 29 europäischen Staaten in Bologna eine Deklaration, welche zum Ziel hatte, die Hochschulstrukturen europaweit zu reformieren und das Bildungssystem nach angelsächsischem Vorbild durch die Einführung von Bachelor- und Master-Abschlüssen auf Basis des European Credit Transfer Systems (ECTS) zu harmonisieren. Studienabschlüsse sollten damit über Landesgrenzen hinweg vergleichbar und die Mobilität der Studierenden sowie deren Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Arbeitsmarkt gefördert werden. Die ein Jahr später beschlossene Lissabon-Strategie und das General Agreement on Trade in Services (GATS) trugen zusätzlich zu einer verstärkten Ökonomisierung der Bildung bei. Heute sollen erhöhte Drittmiteinnahmen, Exzellenzinitiativen und lineare Biografien der Forschenden und Lehrenden die Universitäten ökonomisch effizient und international wettbewerbsfähig machen. Gleichzeitig sollen erhöhte Studierendenzahlen, verringerte Studienabbruchquoten und schnellere Abschlüsse auf Seite der Studierenden den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken.

Diese Transformationsprozesse werden vielerorts kritisch beäugt. Unter den Positionen zur aktuellen Situation des Hochschulwesens finden sich zum Beispiel

vermehrt Stimmen, die den Verlust der Autonomie der Hochschulen gegenüber der Wirtschaft beklagen, welcher mit der Bologna-Reform einherging. Dozierende und Forschende sehen sich zudem immer mehr unter Druck, eng geschnittene Exzellenzkriterien erfüllen zu müssen, was häufig auf Kosten der Qualität der Lehre geschieht. Gleichzeitig wird den stets jünger werdenden Studierenden vorgeworfen, dass sie das Studium nur noch als Ausbildungsschritt zwischen Matura und Erwerbstätigkeit ansehen und zunehmend nicht mehr dazu in der Lage seien, das hastig und lückenhaft für Modulabschlüsse erworbene Wissen miteinander zu verknüpfen. Noch drastischer formuliert es eine Soziologieprofessorin: «Die meisten Studierenden haben am Ende ihres Studiums nicht einmal eine Vorstellung davon, was sie alles noch nicht wissen.» Als positiver Effekt der Bologna-Reform wird hingegen oftmals angeführt, dass Studierende nach dem Bachelorstudium im Gegensatz zum alten System des Lizentiats-, Magister- oder Diplomstudiums vergleichsweise früh mit einem Abschluss in die Erwerbstätigkeit übergehen können. Hierin erschöpft sich die Fürsprache für das Bologna-Format meistens schon und selbst in der Wirtschaft besteht kein Konsens darüber, ob ein Bachelorabschluss zu einem Einstieg in die Berufswelt befähigt.

Dystopisches von Avenir Suisse
Ziehen wir bei der Frage nach den Auswirkungen der Bologna-Reform vergleichende Statistiken zu Rate, so sehen wir zwar, dass sich die Zahl der Studierenden in der Schweiz konstant erhöht hat, gleichzeitig veränderte sich jedoch weder die Mobilität der Studierenden noch die Anzahl der Studienabbrüche signifikant. Trotz oder gerade auch wegen dieser insgesamt höchstens ambivalenten Befunde gibt es einflussreiche Stimmen, die sich für eine stärkere Ökonomisierung der Academia einsetzen. So fordert etwa der Think

Den Studierenden wird vorgeworfen, dass sie das Studium nur noch als Ausbildungsschritt zwischen Matura und Erwerbstätigkeit ansehen.

Drei Szenarien für die Zukunft



Die fröhliche Uni



Die Doppelstöcker-Uni



Die Feuerwerk-Uni

Doppelstöcker-Uni oder Feuerwerk-Uni? In der Frage nach der Zukunft der Uni ist man sich auch knapp zwanzig Jahre nach Bologna uneins.

Tank Avenir Suisse in einem Positionspapier eine noch feiner auf den Arbeitsmarkt abgestimmte Profilierung der einzelnen Universitäten. Diese Forderung geht mit einer Entpolitisierung der Hochschulen einher und funktioniert Bildungsstätten zu Akteurinnen um, die nach der strengen Logik der freien Marktwirtschaft agieren. In dieser dystopischen Version einer zukünftigen Academia wird die Erweiterung des Wissenshorizontes auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert und erhöhte Studiengebühren sollen etwa dafür Sorge tragen, dass Studierende vor allem für den Arbeitsmarkt relevante Fächer wählen. Demnach würden die Universitäten vermehrt zu Ausbildungsstätten, in denen vermeintlich messbare Kompetenzen vermittelt werden, die aber wohl nicht mehr dazu dienen würden, ein kritisch-reflektiertes und selbstbestimmtes Denken aufzubauen und zu fördern. Auch wenn dieses Szenario in einer fernen, dunklen Zukunft angesiedelt sein mag, so ist es wohl nur schwer von der Hand zu weisen, dass die Bologna-Reform die heutige akademische Landschaft der Schweiz massgebend geprägt und grundlegende neoliberale Transformationsprozesse, wie sie in noch verstärkter Art und Weise im Positionspapier von Avenir Suisse gefordert werden, mitgetragen hat. Dabei kennt die jetzige Generation der Studierenden ein Studi-

um ausserhalb von «Bologna» bereits gar nicht mehr. Umso wichtiger ist es, genau zu schauen, woher wir kommen und wohin wir gehen.

Bulimie-Lernen und Modularisierung

Die Vorstellung, dass Studierende im humboldtschen Bildungssystem besser situiert wären als die Studierenden von heute, gehört nach fast zwanzig Jahren Bologna mancherorts wohl schon zur akademischen Folklore. Gab es denn nicht auch früher Leistungsdruck, «Bulimie-Lernen» und mussten sich nicht auch vorangegangene Studierendengenerationen – zumindest in Teilen – ihren Unterhalt selbst finanzieren? Ja, zweifelsohne, denn der Leistungsgedanke ist seit jeher ein tiefverankerter Bestandteil unseres Bildungssystems und auch Hürden im Zugang zu Bildung gab es schon immer, wenn auch – je nach vorherrschenden politischen Verhältnissen – in unterschiedlich starker Ausprägung. Und doch, nehmen wir den Puls der Zeit, so kommen wir nicht drum herum zu konstatieren, dass dieser in der Academia immer schneller zu schlagen scheint – mit gravierenden Konsequenzen für alle Beteiligten. Auf Seite der Studierenden bleiben dabei häufig nicht nur Raum und Zeit zur persönlichen Charakterentwicklung, für politische Auseinandersetzung und eh-

Raum und Zeit für politische Auseinandersetzung und ehrenamtliches Engagement bleibt im durchgetakteten Studienalltag zunehmend auf der Strecke.

renamtliches Engagement auf der Strecke, sondern auch Menschen, die ihr Studium unter prekären finanziellen Verhältnissen absolvieren und deshalb den gesteigerten Leistungsanforderungen schlechter standhalten können als ihre finanziell privilegierten Kommiliton_innen. So berichten beispielsweise die Fachschaftsvertreter_innen vom enormen Leistungsdruck in manchen Studiengängen, dem «Modul-Lernen», welches eine dezidierte

Die Prozesse, welche vor zwanzig Jahren in Bologna in Gang gesetzt wurden, haben die Hochschulen auf einen richtungsweisenden Weg geschickt.

thematische Auseinandersetzung innerhalb eines knapp bemessenen Zeitrahmens praktisch unmöglich macht, oder von der Unvereinbarkeit von Studium und Erwerbsarbeit, welcher laut einer repräsentativen SUB-Umfrage aus dem Herbstsemester 2017 fast 80% der Studierenden der Universität Bern in einem durchschnittlichen Arbeitspensum von zirka 40% nachgehen.

Umkämpfte Zukunft

Die Prozesse, welche vor zwanzig Jahren in Bologna in Gang gesetzt wurden, haben die Hochschulen auf einen richtungsweisenden Weg geschickt, auf dem sie stärker nach ökonomischen Logiken agieren müssen und nach Kriterien der wirtschaftlichen Verwertbarkeit evaluiert

werden. Das Ende dieses Weges stellt einen direkten Angriff auf das akademische Bildungsideal dar, welches neben der fachlichen Bildung auch auf eine umfangreiche Allgemeinbildung, auf die Persönlichkeitsentwicklung und somit letztendlich auch auf die politische Mündigkeit der Studierenden abzielt. Das Engagement der tt ist deshalb dringlicher denn je. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die universitäre Bildung auch in Zukunft nicht restlos dem ökonomischen Diktat unterordnen muss. Darüber hinaus sollte allen Menschen die gleiche Chance auf Bildung zuteilwerden, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sozio-ökonomischem Hintergrund, denn wir erachten den Anspruch auf Bildung als ein universelles Gut. Gleichzeitig stellt Bildung eine immens wertvolle Ressource dar

und wir dürfen einem Teil der Gesellschaft den Zugang zu dieser Ressource nicht verwehren. Aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive können wir es uns nicht leisten, durch Zugangsbeschränkungen talentierte Menschen daran zu hindern, die Lösung für die Probleme von morgen zu finden. Für die Utopie einer freien und offenen Hochschule müssen wir Studierenden kämpfen, damit wir nicht eines Tages in einer Zukunft aufwachen, in der die Dystopie Realität geworden und das Studium gänzlich apolitisch und auf ökonomische Verwertbarkeit reduziert ist. **text: noémie lanz ist sub-vorständin für kantonale und universitäre hochschulpolitik & kommunikation, sebastian funke ist sub-vorstand für fakultäten und gruppierungen & kommunikation; bild: nils wyssmann**

Agenda

Stipendien: Jetzt Gesuch einreichen!

Wenn dich deine Eltern während des Studiums finanziell nicht ausreichend unterstützen können, hast du Anrecht auf ein Stipendium. Am 31. Dezember ist der kantonale Einsendeschluss für die Gesuche. Nicht verpassen!

Mehr Infos bei der Erziehungsdirektion:
www.erez.be.ch

Erster interdisziplinärer Studierendenkongress

Hast du während deines Studiums an einer Seminar-, Bachelor- oder Masterarbeit gearbeitet, die du mit anderen teilen und diskutieren möchtest? Am Studierendenkongress lernst du, deine wissenschaftliche Arbeit und ihren Ansatz zu verteidigen und andere Arbeiten kritisch zu betrachten. Deinen Beitrag kannst du bis Ende Dezember einreichen.

Interdisziplinärer Studierendenkongress,
12.-13. April 2019, Universität Zürich,
Campus Irchel.

Debattierclub an der Uni Bern

Im Debattierclub kannst du in ungewohnten Rahmen deine rhetorischen Fähigkeiten erproben und verbessern. Du lernst deine Gedanken in Worte zu fassen und pointiert zu kommunizieren. Vorkenntnisse sind keine erforderlich.

Debattierclub, jeden Montag während des Semesters, um 18.30 Uhr im Hörraumgebäude Unitobler (Lerchenweg 36), Raum F002.



Kandidiere und rede im Studi-Parlament mit!

wahlen.sub.unibe.ch



Im März 2019 finden die StudentInnenratswahlen statt. Bilde eine neue Liste oder melde dich bei den existierenden Fraktionen. Frist für die Listeneingabe: 25. Februar 2019.

SUB



schauspiel

FREIGÄNGER

Uraufführung

ANNA PAPST
Ab 24. Januar 2019,
Vidmar 2

**FÜR 15,- CHF MIT DER JOKER CARD
INS THEATER***

KONZERT
THEATER
BERN

*Mehr Infos zur Joker Card
unter www.konzerttheaterbern.ch



EHB

EIDGENÖSSISCHES
HOCHSCHULINSTITUT FÜR
BERUFSBILDUNG

Schweizer Exzellenz in Berufsbildung

MASTER OF SCIENCE IN BERUFSBILDUNG

- wissenschaftsbasiert und praxisorientiert
- interdisziplinär: Ökonomie, Psychologie, Soziologie und Erziehungswissenschaften
- mehrsprachig (d/f/e)
- 120 ECTS, 6 Semester (Teilzeitstudium)

Beratung und Anmeldung:
+41 58 458 27 38, msc@ehb.swiss

www.ehb.swiss/MSc, www.iffp.swiss/MSc, www.iuffp.swiss/MSc

